Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 200 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 10. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lenich. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moabit 4783—88, 5980—88. Drahtwort Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 9000 M monatl.

Im Fallen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder sonstigen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Anzeigen werden (ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Morgen- oder Abendausgabe) nach Tarif berechnet.

10. 5. m Nr. 214 200
62. Jahrgang.

Einig in Abscheu und Abwehr.

Schärfster Protest der Reichsregierung.

Grausame Vergewaltigung der Ruhr-Bevölkerung.

Die deutschen Missionen sind beauftragt worden, bei ihren Regierungen den Beteiligten fremden Regierungen folgende Note zu überreichen:

„Die französischen Befehlshaber haben den unheilvollen Ereignissen, die sich am Ostersonntag in den Krupp-Werken in Essen abgespielt haben, ein weiteres hinzugefügt, indem sie die Arbeiter zu Tausenden aufforderten, ein Gerichtsverfahren folgen lassen, das die grausame Vergewaltigung der Ruhrbevölkerung fast in noch grellerem Lichte zeigt, als jene Blutat selbst es getan hat. Das französische Kriegsgericht in Werden an der Ruhr hat am 8. Mai ein Urteil gefällt, das über den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Kruppschen Werke, über alle Mitglieder der Werksleitung und über ein Mitglied des Betriebsrats Freiheitsstrafen bis zu 20 Jahren Gefängnis und Geldstrafen bis zu 100 Millionen Mark verhängt.

Es ist überflüssig, das Verfahren und das Urteil des französischen Kriegsgerichts in seinen einzelnen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zu beleuchten. Der jede Gerechtigkeit und Menschlichkeit verletzende Druck, der mittelbarer Druck zu arbeiten, hat zu dem Brauche geführt, den Arbeitern bei einer militärischen Besetzung ihrer Produktionsstätte durch Zirkumvention des Zeichens zur Arbeitsniederlegung zu geben. Dieser Brauch, den die französischen Befehlshaber längst kannten und somit niemals unbekannt hatten, ist jetzt benutzt worden, um daraus ein geheimes Komplott der Werkleitung gegen die Besatzungstruppen zu konstruieren. Der Zweck dieser Tendenz Anklage log von vornherein klar genug. Sie sollte die Verantwortung für die Ermordung der vierzehn Arbeiter von den Besatzungstruppen abwälzen und einer deutschen Stelle aufbürden; zugleich sollte ein Keil zwischen die Arbeiterschaft und die Unternehmer getrieben werden.

Als am Tage nach der Bluttat die erste Besatzung von Mitgliedern des Kruppschen Direktoriums erfolgte, hat die Deutsche Regierung bei der Französischen Regierung gegen den Vorfall über das Verschulden der Besatzungstruppen einen Schleier zu werfen, sofort Verwahrung eingelegt. Außerdem hat sie aber, um die Hand zu einer unparteiischen Feststellung des Sachverhalts zu bieten, schon vor Wochen der Französischen Regierung den Vorschlag gemacht, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, der gemäß dem Genfer Abkommen vom 12. Juli 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte. Die Französische Regierung hat auf diesen Vorschlag nicht eingewortet. Sie hat es vorgezogen, die Frage, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, von einem aus Angehörigen dieser Truppen gebildeten Kriegsgericht entscheiden zu lassen, das zugleich Ankläger und Richter war. Dem entspricht das Ergebnis, wie es jetzt in dem Urteil des Kriegsgerichts vorliegt. Anstatt das an den deutschen Arbeitern begangene Verbrechen zu sühnen, wird in frivoler Fälschung der Tatsachen eine neue Untat begangen, die schuldlose ehrenhafte Männer ins Gefängnis wirft und das größte industrielle Unternehmen des Ruhrgebiets der Führung beraubt.

Die Deutsche Regierung protestiert feierlich gegen diese Gewaltakt, den Frankreich in den Augenblick legte, wo Deutschland feinerseits einen Schritt getan hat, um im allgemeinen Interesse die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts herbeizuführen."

Die Empörung im Reichstag.

Im Reichstag gab vor Eintritt in die Tagesordnung

Präsident Löbe

der Empörung des Reichstags über die Schreckensurteile in Werden und Mainz Ausdruck. Er sagte: „Sondernde militärische Richter haben den Todesgedanken, den Mord an den offenen Arbeitern zu verhüllen dadurch, daß sie die deutschen Handelnde der Ermordeten zu infamierenden Werkzeugen machten. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Sie haben sich wohl der finnischen Auffassung hin, daß sie die Augen der Welt damit blenden können. Sie glauben, daß sie hinter dem dunklen Vorhang ihrer Schreckensjustiz das Blut von sich abwaschen können, das an ihren Händen klebt und das sie nicht mehr entfernen können. Ich beneide diese Männer um ihr Gewissen. Gewissen nicht. (Sehr richtig!) Sie sich wollen mir mit ihnen nicht rechten. Sie haben ihr Urteil selbst zu verantworten. Aber ich bedaue den Fall, der die Beziehungen zweier Völkern selbst wird und der immer tiefer wird, vielleicht, wie der Verteidiger im Prozeß sagte, gestiftet hat, gegen den Willen eines großen Teiles des französischen Volkes, sicherlich aber mit bewußter Absicht der gegnerischen Machthaber Frankreichs. (Gebietende Zustimmung.) Wir wollen im Namen des Reichstages der Betroffenen, die im Kerker schmachten, die ihre Heimat verlassen haben und den Hinterbliebenen der Gefallenen sagen: Was Ihr schuldlos leidet, leidet Ihr für Euer Volk, und es wird der Tag kommen, daß die Qualen, die Ihr in den Zeiten der Erniedrigung auf Euch genommen habt, an den Blättern der deutschen Geschichte hell und leuchtend zu Eurem Ruhm erstrahlen werden, während die Gravamkeit Eurer Peiniger verächtlich beiseite geschoben wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Geschichte das Weltgericht ist, dann kommt Ihr mit Ruhe und Stolz dem Urteil dieses Gerichts entgegensehen." (Lebhafter Beifall.) — Die Abgeordneten hatten die Worte des Präsidenten stehend angehört. Kommunisten waren im Saal nicht anwesend.

Telegramm des preußischen Ministerpräsidenten.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident Braun an Direktorium und Betriebsrat der Krupp-Werke in Essen folgendes Telegramm geschickt:

„Das grausame, jedem Recht hohnsprechende Urteil gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Mitglieder des Direktoriums und Betriebsrats der Krupp-Werke hat ganz Preußen mit tiefster Empörung und Entsetzen erfüllt. Preußens Volk und Regierung werden nicht ruhen, bis die von einer willkürlichen militärischen Gewaltjustiz unschuldig Verurteilten der Freiheit und friedlichen Arbeit zurückgegeben sind. gez. Braun, Preußischer Ministerpräsident."

*

Der badische Staatspräsident Remmele hat an das Direktorium und den Betriebsrat der Kruppwerke in Essen ein Beileids- und Protesttelegramm gerichtet.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags gab der Vorsitzende, Abg. Giehrl, der Entrüstung und dem Abscheu über das französische Justizverbrechen am Krupp von Bohlen und den Kruppschen Direktoren Ausdruck. Der gesamte Ausschuß schloß sich der Kundgebung an.

„Wir lassen uns nicht niederringen!"

Der Protest des Kruppschen Betriebsrates.

Der Betriebsrat (Arbeiter- und Angestelltenrat) der Friedr. Krupp Aktiengesellschaft, Essen, hat heute vormittag folgenden einstimmigen Protest beschlossen:

„Durch das vom französischen Kriegsgericht zu Werden am 8. Mai 1923 gefällte Urteil aufs schwerste, erfolgen vor der aller Welt ein schärfsten Protest gegen dieses allem Rechtsgefühl Hohn sprechende Urteil des französischen Militärtribunals. Der Vorsitzende unseres Aufsichtsrats, Mitglieder unseres Direktoriums und unser Kollege Müller, der unter Einsetzung seiner ganzen Person am Karfreitag vorbildlich wirkte, sind den Gewaltspruch zum Opfer gefallen. Dieses Urteil zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß die brutale Faust der Machthaber selbst vor den heiligsten Rechten der Arbeiterschaft nicht halt macht. Wir werden uns auch durch dieses Urteil in unserem Kampf um das Recht der freien Arbeit nicht niederringen lassen. Wir, als die Arbeitnehmervertretung des größten industriellen Werkes wenden uns an das schaffende Volk in aller Welt und rufen dieses auf, mit uns gemeinsam für den Kampf zu führen gegen Militarismus und Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung."

Der Betriebsrat beschloß in seiner heutigen Nachmittagssitzung, gegen den Willen der Firma am nächsten Freitag in einem Proteststreik von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags einzutreten. Die Spitzen der Hirsch-Dunckerschen, Christlichen und Freien Gewerkschaften haben sich dem Beschluß angeschlossen. Sie werden in einer besonderen Aufforderung an ihre Mitglieder beantworten, auch ihrerseits die Arbeit von 11 bis 4 Uhr ruhen zu lassen. Die Geschäftsleitung werden aufgefordert werden, die Geschäfte geschlossen zu halten.

Protest des Düsseldorfer Regierungspräsidenten.

Düsseldorf, 9. 5. (W. T. B.) Aus Anlaß des Urteils im Werdener Krupp-Prozeß hat der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Lutterbeck an General Denoignes ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Wir einem Aufschrei der Empörung und Empörung hat das deutsche Volk angesichts unerhörter Bestrafung des Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach sowie der Direktoren der Firma Krupp und des Vertreters der Arbeiterschaft der Firma Krupp vernommen. Ich mache mich lediglich zum Dolmetscher der Gefühle der mir anvertrauten Bevölkerung, wenn ich gegen dieses Urteil, das sich in der innersten Überzeugung jedem Menschen als Fehlurteil kennzeichnet, flammenden Protest erhebe!

Die Essener Stadtverwaltung an die Kruppwerke.

Essen, 9. 5. (W. T. B.) Die Stadtverwaltung hat heute an die Direktion der Krupp-Werke ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Die drakonischen Strafen, die das Kriegsgericht in Werden in dem Krupp-Prozeß ausgesprochen hat, erfüllen die Bevölkerung der Stadt Essen mit tiefster Empörung. Das französische Strafurteil hat führende Männer der Firma Krupp getroffen, der Firma, der Essen seine Entwicklung und den Klang seines Namens verdankt. Männer, die durch ihr Wirken für ihr Werk und die Allgemeinheit uns allen vorbildlich sind. Wir reichen all diesen Männern im Gefühl der Dankbarkeit die Hand. Die Leiden, die sie für uns alle auf sich genommen haben und noch ertragen müssen, werden das Gefühl der Zusammengehörigkeit festigen und unseren Widerstand im Kampf für Recht und Freiheit stärken."

Der Deutsche Industrie- und Handelstag an die Firma Krupp.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag in Berlin hat der Firma Krupp im Namen der deutschen Handelskammern die herzlichste Teilnahme an dem Justizverbrechen geäußert, das an den Herren Krupp von Bohlen und Halbach und den seinerzeit Persönlichkeiten des Werks durch das Urteil des französischen Kriegsgerichts verübt worden ist. Der Deutsche Industrie- und Handelstag brandmarkt dieses Urteil als doppelt empörend, da es in dem Augenblicke erfolgt, wo Deutschland wiederum die Hand zur engstlichen Klärung der Reparationsfragen geboten hat.

Helle Empörung in London.

A. **London**, 9. 5. (Eigenbericht.)

Die ungeheuerlichen Urteile im Krupp-Prozeß haben im Gegensatz zu allen früheren Urteilen der französischen Rechtsprechung in der englischen Öffentlichkeit erkenntlicherweise volle Aufmerksamkeit gefunden und werden von den Abendblättern, auch von den konservativen Organen, aufs schärfste verurteilt.

„Pall Mall Gazette" spricht von einem Prozeß im Stile der Dreyfus-Affäre. Die Tatsachen, auf Grund deren die Verurteilungen erfolgt sind, seien so, daß sie von keinem Gerichtshof der Welt anerkannt worden wären. Der Prozeß zeige, welchen Hohn auf die Gerechtigkeit ein französisches Kriegsgericht liefern könne. Es sei sicherlich sehr unklug von Herrn Poincaré gewesen, durch seinen Gerichtshof die Bevölkerung des Rheinbeckens aufs neue zu erregen. Dieses französische Theater sei eine Mischung von Tragödie und Farce.

Auf die politische Bedeutung des Urteils eingehend, kommt das Blatt zu dem Schluß: Die Reparationen sind für Frankreich nur noch wenig mehr als ein Vorwand für Annektionen, und ein friedensfördernder Verbündeter wird gerade jetzt in Paris als die größte Unannehmlichkeit betrachtet.

Die „Times" schreibt: Die Urteile seien für die politische Lage noch bedeutender als die Zurückweisung der deutschen Note. Man müsse bedenken, daß die kontinentale Rechtsprechung auf das Verlangen der Angeklagten großes Gewicht lege. Die Verurteilten seien sicherlich anständige Leute, und darum sei das Urteil grauenerregend. Es wäre tatsächlich ebenso gerecht gewesen, Herrn Krupp ohne jede Gerichtsverhandlung ins Gefängnis zu werfen. Der Sinn des Urteils liege darin, daß Frankreich mit mehr Aberglaubt sage, daß es die Deutschen beherrschen wolle, als ob es sich im Kriege mit ihnen befinde und jede Verfehlung nicht unter dem Gesichtspunkt eines Verbrechens, sondern dem eines kriegerischen Akts betrachte.

Der liberale „Star" führt aus, wenn man sehe, wie Frankreich seine Alliierten behandelt, so könne man über die ungeheuerlichen Urteile nicht mehr erstaunt werden. Die Urteile wirken eine Reaktion zugunsten der Angeklagten zur Folge haben und dazu führen, daß sich die Haltung des deutschen Volkes verbessern werde. Die regierende Masse in Frankreich sei noch immer von dem Gedanken geleitet, den nationalen Geist der Deutschen zu vernichten. Aber wir glauben, daß Herrn Poincaré das nicht gelingen wird, noch auch einem Raphael nicht gelingen ist.

Die „Evening News", die zu den Blättern der Northcliff-Presse gehört, fühlt sich in ihrem Gewissen durch diese Urteile belastet.

„Mahlos und gewissenlos."

Schweizer Kritik am Schandspruch von Werden.

(. **Basel**, 9. 5. (Eigenbericht.)

Das Urteil im Krupp-Prozeß findet man auch in der Schweiz ganz unbegreiflich, und vielfach hört man im Publikum die Verwunderung darüber aussprechen, daß die deutsche Bevölkerung angesichts solcher Ungeheuerlichkeiten noch ruhig bleiben könne. Die „Basler Nachrichten" sagen, was am Krupp-Prozeß auszusagen sei, sei nicht die Tatsache, daß er gesiegt worden, sondern die Gewissenlosigkeit des Urteils. „Man sieht als Neutraler", so fährt das Blatt fort, „unter dem Eindruck, die französischen Offiziere, die das Kriegsgericht bildeten, hätten ihre Pflicht, die Umstände der Tat vor der Bemessung der Strafe richtig zu würdigen, vergessen unter der Suggestion eines Hasses, der sich an den Namen Krupp knüpft. Ihr maßloses hartes Urteil wird schwerlich auch die gewünschte Abschreckungswirkung haben. Den Alliierten und den neutralen Ländern aber bietet der fall Krupp einen Beleg für die Mentalität der französischen Offiziere, den sich das Ausland merken wird.

Das Schandurteil in Paris verfaßt!

Zur Bekräftigung der Behauptung, daß die Urteile im Krupp-Prozeß in Paris festgelegt worden sind, dient eine Depesche, die der Berliner Vertreter der „New Yorker Staats-Zeitung" Erich Schmidt, heute seinen Blättern gekabelt hat. Es heißt darin unter anderem:

„Von durchaus glaubwürdiger Seite erfahre ich eben, daß die Urteile nicht vom Richtern gefällt, sondern in Paris diktiert werden sind. Nach Abschluß der Sonnabendverhandlungen wurde ein umfangreicher Bericht über den Stand des Prozesses nach Paris geschickt. Sonntag wurde dort (in Paris. Red.) eingehend über die Lösung verhandelt. Mittags erstellen mehrere Kuriere von Paris nach Essen. Die Vermutung liegt auf der Hand, daß die Instruktionen für den Staatsanwalt und die Richter mitnehmen. Auffallend war auch, daß starke Truppenabteilungen vor dem Werdener Gericht zusammengezogen wurden, als die Richter das Urteil noch nicht gefällt hatten, sondern sich erst zur Beratung zurückzogen. Der Kommandeur war offenbar mit dem Inhalt des Urteils vorher vertraut, brauchte der Besatzung der angeblichen Beratung der Richter gar nicht abzuwarten und konnte aus seiner Kenntnis heraus alle Vorbereitungen zum Niederschlagen einer eventuellen Kundgebung bei Bekanntwerden des Urteils treffen."

Der passive Widerstand unabhängig von der Regierung.

Kundgebung der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring erlassen folgende Kundgebung:

Der Notenwechsel der letzten Tage über Reparation und Ruhrbesetzung gibt den unterzeichneten Verbänden der deutschen Arbeiter und Angestellten Anlaß zu erneuter Stellungnahme, weil es sich um Lebensfragen des arbeitenden Volkes handelt, die ohne keine Mitwirkung nicht gelöst werden können, und weil der Notenwechsel jetzt zum Zweck der weiteren Belastung unbedingt notwendig ist, wenn weiteres Unheil von der Arbeiterschaft in allen Ländern ferngehalten werden soll.

Die unterzeichneten Verbände sind, der politischen Lage Rechnung tragend und in dem Wunsche, die Nachwirkungen des Krieges bald möglichst zu heilen, von jeher für Reparationen eingetreten und haben die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter und Angestellten, an Reparationen mitzuwirken, immer wieder betont. Sie versichern auch heute ihre Bereitwilligkeit zur Reparation in den Grenzen des Möglichen. Unerträglich aber ist jetzt der Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, für den der Friedensvertrag von Versailles keine Unterlagen bietet und der wirtschaftliche Voraussetzungen durch militärische Gewalt ersetzen will. Er bedroht in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht weiter Teile des deutschen Volkes und damit jeden Einheit und Freiheit, wie er die Freiheit der Arbeit, das Gemeingut der arbeitenden Menschen aller Völker unterwirft.

Hiergegen richtet sich der Widerstand der deutschen Arbeiter und Angestellten, die politische Reifeten, die geistige und sittliche Wäfe, die keinem Volke gegenüber der Unterdrückung genommen werden kann. Dieser Widerstand ist Pflicht an den besten Kräften des Volkes hervorgerufen, weil an der Ruhr Gewalt und Unrecht zu herrschen versuchen. Keine Regierung hat diesen Widerstand befohlen oder schaffen können, keine Regierung kann ihn abstellen und keine wird ihn, selbst mit den französischen Mitteln der Gewalt, zu unterdrücken vermögen.

Die deutschen Arbeitnehmer verharren in ihrem Widerstand nicht einen Tag länger verharren, als an Rhein und Ruhr der rechtswidrige Zustand andauert. Sie führen dabei einen schweren Kampf, aber trotz Not und Entbehrung fühlen sie sich stark in dem Bewußtsein, ihr gutes Recht, die Freiheit ihres Arbeitsfeldes, zu verteidigen. Sie führen zugleich in der Überzeugung, nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die Freiheit der Arbeitnehmerschaft aller Länder einzutreten. Die Zustimmung, die ihnen von dort vielstimmig gutteil geworden ist, läßt sie zuversichtlich glauben, daß über Machtgelüste und Zirkuln der Regierungen hinweg auch die vielumfassende internationale Frage der Reparation schließlich eine Lösung auf dem Boden der Vernunft und Gerechtigkeit finden wird.

231,5 Millionen Franken für das Ruhrverbrechen!

8. **Paris**, 9. 5. (Eigenbericht.)

Die brennende Frage der Ruhrkredite wird am 22. Mai auf der Tagesordnung der französischen Kammer stehen. Ein Bericht der Finanzkommission ist heute an die Abgeordneten verteilt worden. Danach handelt es sich um die Kredite für die Ruhraufgaben für die Zeit vom 11. Januar bis zum 31. Mai. Ohne Gelsamtzeiter wird mit 231,5 Millionen Franken angegeben.

Der Inhalt der britischen Note.

London, 9. 5. (W. T. B.)

Wie gemeldet wird, wird heute vormittag in Downing Street unter Vorsitz Curzons eine Kabinettssitzung statt, auf der die britische Antwortnote an Deutschland, die bereits früher vorbereitet worden war, vorläufig verfaßt worden sei. Die Note, an deren Entwurf seit einiger Zeit von britischen Sachverständigen gearbeitet worden ist, wird in ihrer endgültigen Gestalt möglichermweise am Freitag abgesandt werden.

„Englische Standpunkt" erfaßt von Anfang an, daß Deutschland die Notwendigkeit einsehen werde, im Interesse Europas und der ganzen Welt die Lage bald wen zu ernsthaft und ein Angebot vorzubringen, das solche Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen bieten werde.

Paris, 9. 5. (W. T. B.) Wie der „Temps" mitteilt, entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Text der englischen Antwort auf die deutsche Vorschläge schon gestern abend in der britischen Botschaft in Paris angekommen ist. Im Ministerium des Auswärtigen hatte man kein Kenntnis von dem Inhalt der Note, und der englische Botschafter hat bis jetzt keinen Schritt unternommen, um Mitteilungen von dem Inhalt der britischen Note zu geben.

Nach einer Havasmeldung aus London sollen die Absichten der englischen Regierung noch sehr unbestimmt sein. Auf alle Fälle werde die Antwort an die deutsche Regierung erst in ein oder zwei Tagen erfolgen.

Der König von England beim Papst.

Rom, 9. 5. (W. T. B.) Der König und die Königin von England statteten heute dem Papst einen Besuch ab und unterhielten sich etwa 15 Minuten lang mit ihm. Darauf fuhren beide der König und die Königin dem Kardinal Gasparri einen Besuch ab, den dieser dem Königspaar in der englischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl erwiderte.

Spahis veranstalten ein neues Kesseltreiben in Trier.

Männer, Frauen und Kinder voneinandergerissen.

bt. **Limburg a. L.**, 9. 5. (Eigenbericht.)

Hier sind 56 Eisenbahnermänner angekommen, die aus Trier ausgewiesen worden sind. Die Familien bekamen nicht mehr wie bisher die übliche viertägige Frist, sondern wurden plötzlich mit fortgenommen und mit Gewalt abgeschoben. Die französischen Gendarmen waren zu diesem Zweck von einer ganzen Schwadron Spahis begleitet. Sie schmähten und quälten alles gefangenen. Die Leute durften sich teilweise nicht einmal mehr vollständig ankleiden, die Frauen wurden vielfach aus der Wohnung gehetzt. Einige Frauen, die noch in der Stadt waren, mußten zuschauen, wie ihnen die noch in der Schule waren, blieben gleichfalls in Trier zurück. Die Eltern mußten ohne sie abfahren. So wurden viele Familien ohne jede Rücksichtnahme zerrissen. Die Bahnhofsleute gingen sich dadurch über Gebühr hin, daß der Zug zuerst irrtümlich nach Mainz und dann wieder nach Coblenz zurückgeleitet wurde. Trotz des heftigen Bettens durften die Ausgetriebenen sich unterwegs nicht einmal Wasser besorgen, selbst den Kindern wurde diese Erfrischung untersagt.

Die Pfarrer Mangold aus Griesheim am Main, u. D. An aus Biebesheim und Quad aus Stockstadt wurden von französischen Polizeiorganen in Wiesbaden zu je 60.000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie der Meinung ihrer vorgesetzten Behörde gemäß den Betrag der Kirchenkollekte für die Ruhrhilfe bestimmt hatten.

Der Landrat Zimmermann in Höchst wurde heute vormittag von den Franzosen seines Postens enthoben und wird in seiner Wohnung gefangen gehalten.

Einen Franzosenzug in den Rhein gesahren.

Wisbar 29 Tote.

tz. **Wiesbaden**, 9. 5. (Eigenbericht.)

Unter dem ständig wachsenden Terror der Besatzung wird das Leben immer unerträglicher, doch schmiedet der feindliche Druck die Deutschen immer fester zusammen. Vorgestern verletzte ein Marokkaner ein deutsches Mädchen durch einen Schuß schwer. Gestern vormittag Deutsche ertrinken den Täter, daß ihm die Uniform in Fetzen vom Leibe hing.

Aus St. Goar einzusendende Meldung berichten von einem schweren Unfall eines französischen gefüllten Zuges, der bei St. Goar in den Rhein fuhr. Bisher sind 29 Tote geborgen. Die Franzosen haben die Umgegend streng abgesperrt, um nichts über den Vorfall bekannt werden zu lassen. Solche Gerüchte tragen — wenn das überhaupt nötig wäre — dazu bei, das deutsche Publikum die „Franzosenzüge" meiden zu lassen wie die Pest.

Deutsche Protestnote gegen den Paßzwang.

W. T. B. meldet:

Gegen die neue Verordnung der Rheinlandkommission über den Personenverkehr zwischen besetzem und unbesetztem Gebiet, wonach vom 20. Mai ab die Einwohner des besetzten Gebiets für die Ein- und Ausreise eine besondere Aufenthaltsgenehmigung Ausweises bei dem Kreisdelegierten einholen müssen, während alle anderen Personen schon vom 10. Mai ab für Reisen nach und aus dem besetzten Gebiet eine Genehmigung der Besatzungsbehörde ausstellenden Paßscheines beziehen, hat die Reichsregierung bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel in einer Note Verwahrung eingelegt.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	9. 5.	8. 5.		9. 5.	8. 5.
Tägl. Geld	4½ %	4½ %	Britisch	—	5,72
Berlin	0,00274 G	0,00274 G	Amsterdam	39,05	39,08
Schweiz	0,00274 G	0,00274 G	Zürich	—	18,00
Holland	0,0027 G	0,0027 G	Kopenhagen	18,70	18,65
Norwegen	0,0026 G	0,0027 G	Prag	2,96	2,95
London	—	—	Wien	0,03	1,85
London Tr.	4,60,50	4,61,50	Madrid	—	15,22
Lond. Eisb.	4,58,37	4,59,25	Silber, bar	67¾	67¾
Paris	6,50	6,63	Silber, Lond.	36	36

New York, Produktenmarkt.

	9. 5.	8. 5.		9. 5.	8. 5.
Kaffee Santos	11½	11½	Zink	7,00	7,07
Mehl	9,64	9,65	Eisen	33,37½	33,37½
Zucker	9,34	9,35	Stahlbahn	5,75	5,75
Kupfer	8,84	8,35	Kohlenöl	11,82½	11,69
Kupfer	7,96	7,96	Talg	8½	8½
Baumwolle	26,65	26,65	Bd. Capital	11,64	11,42
Mai	26,80	25,80	Erie	11,16	11,04
Juni	25,78	25,80	Pennsylvania	16,50	15,50
Juli	25,17	24,63	Reading	6,00	6,00
Aug.	24,20	23,65	Stand. Oil	13,00	12,00
Sept.	24,00	23,75	Union Pac.	3,75	3,75
Kaffee	6,000	7,000	Tabak	8,16	8,03
Kupfer Ab.	16½-16¼	16½-16¼	Tarpapier	—	110
Öl	7,37	7,50	Bd. Amerikan.	26,00	25,50

	9. 5.	8. 5.		9. 5.	8. 5.
Weizen, rot	—	—	Mehl, Sp.	5,40-5,65	5,40-5,65
Korn	135	134	Schw. Speck	11 sh 6 d	11 sh 6 d
Mais k. Kraft	94	94	Kaffee	11 cts.	11 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	9. 5.	8. 5.		9. 5.	8. 5.
Weizen Mai	118	117½	Schweine Mai	8,80	8,65
Juli	118	117½	Speck short	8,37½	8,25
Mais Mai	78½	78½	Bd. Bauch	9,50	9,50
Juli	79½	78	Schmalz Chicago	7,50	7,50
Hafer Mai	44½	43½	Schweine, Packer	7,80	8,00
Juli	43½	42½	Schweine, Westl.	7,85	7,90
Roggen Mai	79½	78	Schweine, Packer	7,65	7,70
Juli	80	79½	Zufuhr Chicago	27 000	33 000
Schweine, Mai	10,80	10,57½	Chicago	144 000	125 000
Juli	10,07½	10,02½			

Völkererzieher.

Die Beratungen von Lausanne nehmen eine katastrophale Wendung, katastrophal nicht nur für Deutschland, sondern vor allem für die immanente Vernunft allen Geschehens. Der Draht meldet aus Lausanne, daß der Artikel 81 des neuen Vertrags geändert wird. Danach wollen die Alliierten das Recht haben, Güter, Rechte und Interessen Deutschlands zu liquidieren. Die Türkei, die sich unfreiwillig auf das äußerste gegen solches Ansinnen stemmte, ist einem französischen Druck zum Opfer gefallen. Man hat ihr nämlich vorgeredet, Deutschland und seine Bundesgenossen hätten bereits im Diktate von Versailles und den folgenden sich mit dieser Liquidationen einverstanden erklärt. Das ist nämlich geschehen. Aber das Versäumte Folterinstrument kennt, wird sich füglich entsinnen, daß wir uns lediglich bereit erklärten mußten, alle Vertragsbestimmungen der Friedensschlüsse zwischen den Alliierten und der Türkei im voraus anzuerkennen. Weiter nichts.

Gesichts hat Frankreich die Stimmung zur Nachgiebigkeit bei der Türkei vorzubereiten gewußt: Seit Wochen und aber Wochen schon hebt der „Matin" und die mit ihm ausgestattete Presse der Boulevards und der Gegend Rue de Pérou, an ihrer Spitze das „Journal d'Orient" gegen alles, was deutsch ist, aber kein Sünne. Da diese Gefälligkeiten sicher an keinen wissen, daß deutsche Vertreter im eigentlichen Sinne durch das Alliiertenfilter bei Tischerch-Pascha und Ismanal Mäd durchdringen, muß wieder einmal Herr Stinnes herhalten. Herr Stinnes kauft Wälder, Bergwerke, Zeitungen; ihm gehört sogar ein Teil der französischen Revolutionsfriede in Gestalt. Er beantragt Konzessionen für den Bau von Wasserwerken, von Eisenbahnen, von neuen Städten und was dergleichen Phantasmagorien mehr sind, wie sie aus dem Orient, der schon „Zauber und eine Nacht" gebar, und allenfalls noch der Pariser Gutenpfuhl hervorbringen.

Die Türken lassen sich bei dem Gedenken, so viel umworben zu werden, wohl sein. Gerade die Deutschen, die sie während des Krieges so gut kennengelernt haben, benehmen ihnen alles Bedenken. Leider ist dem allem zurzeit nicht so, jedenfalls noch nicht so, doch dies nur nebenher.

Der andere französische Trick bestand in der Neuauflage der „Arischen Frage". Man behauptete, Truppenbewegungen auf türkischer Seite beobachtet zu haben, meldete, daß das Hauptquartier in Nisibis liege — noch dem Kenner der Geographie alles sagt — und mobilisierte an den Ufern der Seine dagegen flugs eine ganze Division und als Führer einen bekannten Hundejäger und Menschenschinder. Außerdem steckte man wieder Armenier und Griechen, wie schon früher, in die horizontblaue Uniform. Als ob von diesen unglücklichen Nationen nicht schon allzuviele ihr Leben haben lassen müssen!! — Auch England schickt nicht ganz frei von Schuld und Fehle. Die Türken neiden bewaffnete christliche Banden: Nestorianer, Jakobiten und Armenier, in der Gegend von Mossul, und das „Unteilsgiene Department" dort und in Bagdad dieses wohl in der Lage sein, über die sinnzyklen Zusammenhänge Aufklärung zu geben.

Man darf man allerdings nicht so weit gehen zu sagen, die Türken wollten und könnten keinen Krieg mehr führen. Sie, gerade sie, haben auf diesem Gebiet so Ungeheuerliches geleistet, daß der europäische Versuch billigerweise staunen muß. Wohl aber darf man sagen, daß auch jetzt, die heute so einem gut Teil verständiger und vernünftiger sind als die mittelasiatischen Balkanvölker, ein Krieg zum mindesten jüngstes Gericht bedeuten, und wenn sie ihn vermeiden können durch das Opfer deutscher „Güter, Rechte und Interessen" — heidi gut!

Wir wollen heute nicht die Frage untersuchen, wie weit ihnen daraus ein Vorwurf zu machen sei, wollen auch nicht untersuchen, inwieweit die türkische Souveränität Schaden genommen hat. Jundsch schlegen wir uns eigene Brust: Mea culpa, mea maximus culpa! Die Türkei hat in den letzten Jahren genug mauderei getan, um die Begehungen zu uns wieder aufzunehmen!" Sie, deutsch Konsulate in München, Frankfurt und Berlin, erweiterte sie zum Teil durch Handelsvertretungen. Die meinigen Deutschen, denen es gelang, sich nach der Türkei durchzuschlagen, empfing sie mit ausgesuchter Hochachtung und Freundlichkeit. Ja, sie entsandte zeitweilig als Abloger von Paris einen Bevollmächtigten in die Tiergartenstraße und vertrat schließlich ihrerseits mit Verve und Nachdruck deutsche Interessen gegen die Alliierten in Lausanne. — Und deutschland, es stürzte sich mit Ihm ihm gewaltsam aufgeblitzte Zipfellappe von Versailles zog's sich noch tiefer über die Ohren und freute sich, den Kopf im Sande behalten zu dürfen, als ob Ihr Ruhm die Völker aufeinander schlugen"! Vergebens warnte Angora zu den Lebensschicksen! Der unglückliche Gedanke Dr. Wirths, Deutschland sei im Orient „nicht interessiert", scheint die maßgebenden Stellen der Wilhelmstraße noch immer zu beherrschen.

Für den Wiederaufbau unseres Außenhandels bedeutet die neue Fassung des Artikels 81 des künftigen Vertrages von Lausanne einen schweren Schlag, bevorab er aus dem unter Hoheitsgebiete; denn es wird verhindert, daß wir deutsche Qualitätsarbeit — die in Zukunft allein exportfähig sein wird — in Türkei vorführen. Er verhindert deutsche ärztliche Wissenschaft, deutsche Organisation und Erziehung, deutsche Sozialsorge! Denn was uns noch genommen werden kann und genommen werden soll, sind:

Markkurs in New York 0,0027½ Geld, 0,0027¾ Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 36277.

Wegen des Himmelfahrtsfestes erscheint die nächste Nummer dieses Blattes Freitag abend.

Krankenhäuser, Schulen, Kirchen. In Palästina, in Syrien, in Smyrna und Konstantinopel werden also horizontbau Volks und jüdische Bibliotheken bestehen, werden deutsche Instrumentenzimmer und Apotheken verlassen lassen und sich in den Heren Patzers Schutzbriefe siegeln können. Sie treten damit wieder in die Fußstapfen der Jesuiten bei wissenschaftlichen Institute von Amamom, wo ein Botanischer Garten und auf den Versuchsfeldern jetzt Unkraut wächst, von den Missionsfeldern in Kamuba und Kamerun, wo Schlafkrankheit und Tse-Tse-Fliege Mensch und Tier dahinraffen.

Das ist es, was wir deutschen wir diese neuen Möglichkeiten „katastrophal" nennen. Ob wir noch all den Verlusten einige hundert Millionen mehr oder weniger behalten, ist an sich genommen für die Weltgeschichte und das deutsche Volk im Endeffekt gleichgültig. Nicht gleichgültig aber ist es, wenn sich einer neuen Schicht von Bürgern, die Europa sich nicht entblödet, durch Mandate zur Selbständigkeit erziehen zu wollen, wenn diesen terroristischen und vorsichtsweisen Nationen der Abtieg des Europa von 2000 Jahren gegenwärtigen Niveau von Kultur und Kultus noch einmal und immer wieder vor Augen geführt wird. Begeisterung bleibt dann auch, daß sich eine neuen Jesuiten die Türken jetzt, aber auch jede Mitwirkung an diesen Schandtaten ablehnen.

Merator.

Preußischer Landtag.

Beratung des Kultusetats.

Vor der Tagesordnung gibt Abg. Limberg (Ztr.) die Erklärung ab, daß die Behauptung, der kommunistischen Abgeordneten Eberlein, daß die Priester, deren Objekt der Abgeordnete Kaj gewesen, von der sozialdemokratischen Fraktion abgeschlossen worden sei, eine niederträchtige Verleumdung sei.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Eismann, der als erster heutiger Redner zum Kultusetat spricht, erkennt der Kirche einen Anspruch auf staatliche Zuschüsse an. Der Beschluß des Hauptausschusses über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche finde daher den Beifall seiner Fraktion nicht.

Damit unterbricht Präsident Leinert die Beratung, um **über den soeben zu seiner Kenntnis gelangten weiteren schweren Unfällen in Mainz** Mitteilung zu machen. (Die Mitglieder erheben sich von den Plätzen.) **Insgesamt seien dort am Montag und Dienstag 179 Tote Gefangene und Millionen von Sachgütern gegen deutsche Piraterie verbrannt worden.** (Lebhafte Rufe.) Der Präsident fügt hinzu: Dies ist geschehen in einem Gebiet, wo kein Krieg ist, und einem Lande angehörend, in dem kein Kriegszustand besteht. Auch hier handelt es sich um den gemeinschaftlichen Terror. Wir können diese Urteile nur mit tiefster Empörung und größter Scham bestrafen.

Der Deutschnationale Roß-Oppenhausen legt sich zunächst sehr deutlich mit der Rede des Polen Hargwitsch auseinander, die sich in nichts von dem früheren Ton und Rechtsmittel-Deist unterschieden habe. Die Kirche verteidigte der Redner gegen den Vorwurf, sie unternimmere den Versuch einer Wiederkehr der Verehrung des vorzeitigen Verstorbenen.

Der Sozialist Kleinpeter warnte gegenüber den Feststellungen der Vorredner, daß weite Kreise des Volkes heute die Kirche wieder für voll wichtiger als früher bezeichnen, vor einer Verschleiung von Kirche und Religion. Damit war die Beratung des ersten Abschnitts zum Kultusetat erledigt.

Es folgte der zweite Abschnitt: Lehrerbildungswesen, Schulaufsicht, Volksschule usw. in Verbindung mit einer Reihe von Anträgen, u. a. auf Trennung von Kirche und Schulämter. Der Sozialist Holz (Aschersleben) war mit der Haltung des Ministers unzufrieden. Der Minister komme den Ansprüchen der Kirche in der Schule mehr entgegen, als die Verfassung ihn verpflichte. Die **Gemeinschaftsschule**, nicht die Konfessionsschule solle der Verfassung gemäß die Regel **bilden**. Das Reichsschulgesetz stehe dem Beschaung trogen.

Der Zentrumsabgeordnete Gottwald sprach für die Rechte der Lehrerbildung. Der Abgeordnete Holz befinde sich mit seiner Forderung auf Vereinheitlichung der Lehrerbildung für alle Kategorien auf einem Holzwege. Der Redner stellte die Forderung auf, das Schulrecht so zu gestalten, daß den Lehrerbildiefelben Rechte gesichert wieder Beamte.

Der Volksparteiler Schwarzhaupt trat für die Gleichberechtigung aller der Volksschulen ein. Seine Fraktion lehne es ab, die heutigen politischen Kämpfe in die Schule hineintragen zu lassen. Er bezweifle, daß trotz mehrfacher Zurückweisung der Sozialist König seine Angriffe gegen den Minister Boelitz wieder aufgenommen habe. Die Art, wie König gestern gegen den Minister polemisiert habe, halte seine Fraktion für eine **schwere Belastung der Koalition**. Sie liebe andere in scharfstem Widerspruch zu der feinerzeit von Volksparteilern an Minister Severing geübten Kritik.

Die Marksttützungsdebatte im Reichstag.

Ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Das Haus setzte am Mittwoch die zweite Beratung des Haushaltsetats des Reichsfinanzministeriums fort.

Abg. Lange-Hegermann (Natl.):

Unsere Steuergesetzgebung ist so verwickelt worden, daß es kaum noch möglich ist, eine richtige Steuererklärung abzugeben. Es ist ganz richtig, daß 1922 von der Einkommensteuer 90 % aus dem Lohnzahlung eingegangen sind, aber man darf beiseiten nicht die Meinung verbreiten, als gahlten eigentlich nur die Arbeiter und Angestellten die Einkommensteuer. Sobald das Maß der Steuerkommissionen feststellt sein, werden die bisherigen Parteien dafür gerechtestens, daß die Steuern wirklich gerecht nach den Einnahmen bemessen werden, wenn daß die erforderlichen Unbaden durch Gesetzen gedeckt werden. Vorher können wir das nicht, weil wir jetzt in ein Jahr ohne Budget hineinsehen. Das Scheiten der Marksttützungsaktion ist unerläßlich auf die zu starre Front der Gewerkschaften auf 10.000. Die bureaukratischen Maßnahmen der Reichsbahn haben viel zum Mißerfolg der Stützungsaktion beigetragen.

Abg. Lambach (D. Nat.):

Mit der Marksttützungsaktion sind wir trotz vieler Bedenken einverstanden gewesen. Der Unternehmerfonds prüfen müssen, ob sie nicht zu hoch gekommen ist.

Die Frage, vor um Mißerfolg der Stützungsaktion die Schuld trage, ist schwer zu beantworten. Wir müssen mit aller Entschiedenheit die Stimmungsmache zurückweisen, die sich „Kommunist", „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung" getrieben werden, indem diese Blätter Stimmung als den Schuldigen bezeichnen, aber nur einem Dolchstoß der Industrie sprechen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Mit ausgiebigem Recht hätte man sich wundern können gegen das Anreißertum der Banken, die bauernd zur Spekulation in Aktien animieren. Unterseite der Industrieform bedeutet ich die sozialdemokratische Entschiedenheit, besonders die Haltung der Mehrheitssozialisten einer, Mitte, und einen kleinen Schicht der Besitzenden außerlegen zu wollen. Wir werden gegen diese Entschiedenheit stimmen. (Beifall rechts.)

Auch der Sprecher der Deutschen Volkspartei,

Abg. Dauch,

lehnt die sozialdemokratische Entschiedenheit ab. Wir beurteilen die Zwangsenteignung, soweit sie tatsächlich als Spekulation zu bezeichnen ist. Die Wohnungsnot ist eine wirtschaftliche Frage, heute Entwicklung **nicht durch Gesetze von Politikern zu** regeln ist. Die beste Wohnungspolitik ist eine wirtschaftliche, auf Produktion gerichtete Wirtschaftspolitik. Zwei ist aber **keine Konsumentenpolitik**, sondern die muß auf Vermehrung und Verbilligung der Produktion gerichtet sein. Wir müssen unsere Gabitung wieder aufbauen. Dieser Notwendigkeit trägt unsere gegenwärtige Steuerpolitik keine Rechnung. Der Staat ist heute an kleinen Betrieb mit 60 % als fester Zeilbaber beteiligt, ohne auch nur einen Teil des Risikos zu tragen. Wenn wir aus Zeiten beseitigen wollen, dann müssen wir alle **Hemmungen der Aufbaubeseitigen.**

Dr. Fischer-Köln (Dem.)

wünscht eine Verbesserung in der Organisation der Finanzämter. Man sollte mehr von Beamten Gebrauch machen, wenn nicht einzelne Personen und Stände beschuldigen, damit nicht im Auslande ein falsches Bild hervorgerufen wird. Dem Reiche darf nicht der Eindruck erweckt werden, als sei jeder Handel mit Devisen ohne weiteres strafbar. Der Minister sollte seinen Einfluß, die Zahlung ausländischer Devisen mal als Steuer einzuziehen, möglichst bald ausführen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen auch die Demokraten ab, obwohl sie der Meinung sind, daß die Wirtschaft große Opfer für die Aufrichten bringen müsse. Die Gerichte hat man eine feste Steuermark einführt und automatisch die Berantagung, wie die Erhebung der Steuer nicht mehr Rechnung zuvollziehen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Die gestern im Reichstag verabschiedete Devisenordnung gibt der Reichsbank die Möglichkeit, jeder mit ein bei jeder Gelegenheit über verbotene Devisen Aufklärungen verlangen und unwirtschaftlich erneuerbare Zeitbeschäfte an sich zu ziehen. Wir sind der Gesamtheit dankbar, daß die Reichsbank ein großes Verdienst um die Durchführung unserer Wirtschaftsordnung im Nachgebiet erwerben. **Wir werden diese Stützungsaktion** fortführen. Unsere Wirtschaft wird aber große Opfer zu bringen haben, ihre Leistungsfähigkeit wird aber immer mehr beeinträchtigt durch die Politik unserer Gegner. Die Politik Frankreichs und Belgiens bedroht nicht nur die Lebensfrage der deutschen Wirtschaft, sondern die der ganzen Welt.

Abg. **Frölich** (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen den Finanzminister und die Großindustrie. Diese Ausführungen werden häufig durch Gelächter der Mehrheit unterbrochen.

Dr. Herz (Soz.):

Meine politischen Freunde erklären auch in dem Zeitpunkt heute, daß sie **ablehnen** die Zwangsenteignungen auf die Eintonnen, weil sie keine wirklichen Mißstimmen gegen die Ungerechtigkeiten bei der Steuergesetzung, wenn wir ihm auch zustimmen. Wenn der Minister Hermes sagt, daß die Devisen nicht der Einkauf erweckt werden, als sei jeder Handel mit Devisen ohne weiteres strafbar. Der Minister sollte seinen Einfluß, die Zahlung ausländischer Devisen mal als Steuer einzuziehen, möglichst bald ausführen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen auch die Demokraten ab, obwohl sie der Meinung sind, daß die Wirtschaft große Opfer für die Aufrichten bringen müsse. Die Gerichte hat man eine feste Steuermark einführt und automatisch die Berantagung, wie die Erhebung der Steuer nicht mehr Rechnung zuvollziehen.

Der Sozialist Lindemann wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Frölich. Wenn wir jetzt mit der Zwangsenteignung auf die Eintonnen, weil sie keine wirklichen Mißstimmen gegen die Ungerechtigkeiten bei der Steuergesetzung, wenn wir ihm auch zustimmen. Wenn der Antrag der Sozialdemokraten auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Marksttützungsaktion des Marktsturzes wird angenommen. Die Abstimmung über die Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten wird namentlich erfolgen. Die Sitzung wird auf eine spätere Sitzung verschoben. Der Rest des Haushalts des Finanzministeriums wird bewilligt.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Kleinere Haushalte; Wiederaufbaugesetz.)

Brennabor
6/20 PS 8/24 PS
AUTOMOBILE
Personenwagen — Lieferwagen

Der Fall Luppe.

Gespensterseher in Nürnberg und München.

München, 9. 5. (W. T. B.) Im Staatshaushaltsausschuß des Landtages wurde der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern bei dem Kapitel Polizei in Nürnberg zu einer lebhaften Aussprache über das Verhalten des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe am 1. Mai Staatsminister Dr. Schweyer erklärte, daß Dr. Luppe sich in der letzten Zeit in Nürnberg direkt an die Reichskanzlei gewandt habe. Ob er sich dabei um eine bloßige Inanspruchnahme militärischer Hilfe gehandelt habe, sei zur Beurteilung des Falles gleichgültig. Es sei festgestellt, daß Staatskrisis Hamm selbst in der Reichskanzlei nicht anwesend war, daß Dr. Luppe aber der Reichskanzlei gegenüber die Sache vertreten habe. Dadurch, daß im Falle eines etwaigen Sturzes der Regierung Nürnberg als vorübergehender Sitz der Regierung in Ansbach genommen worden sei, sei ihm nichts bekannt. In der Aussprache bedauerte der Demokrat Dirr, daß Dr. Luppe sich nicht auch sofort an die bayerische Regierung gewandt habe. Hiertin müsse man einen Verstoß erblicken, aber von einer Absicht Dr. Luppes, gegen das bayerische Regierung vorzugehen, könne absolut keine Rede sein. Der Redner verlas eine längere Zuschrift der Nürnberger Vorgänge vom 1. Mai. Danach hat Dr. Luppe die Lage als kritisch angesehen. Der Zweck des Berliner Telephongespräches sei gewesen, den Staatskrisis von der drohenden Gefahr für München in Kenntnis zu setzen, damit notfalls von den Reichsinstanzen sofort die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden könnten. Dr. Luppe stelle in Abrede, daß er angeregt habe, sofort Reichswehr nach München zu senden.

*

Die bayerische Frage verläuft immer mehr in ein gespenstisches Nervenfieber. Die einen begeistern sich an der weißen, die anderen an der roten Gefahr. Die fürchterlichen Drohungen, die bauernd in den Telephonbonde aufgeschnappt werden, nimmt keiner mehr recht ernst. Warum auch? Es gibt Besseres zu tun. Das müssen auch die Bayern. Wenn's hoch kommt, wird der Sturm das Wasserchen „zerschmettern". Dann kann das Wasserchen im Sande verlaufen.

Deutsche Pfarrer in Not.

In den Niederlanden haben sich Komitees zur Veranstaltung von Sammlungen für notleidende deutsche Predigerfamilien und notleidende deutsche Pfarrer gebildet. Die Sammlungstätigkeit hat bereits erfreuliche Ergebnisse erzielt.

Die Heringsgeschäfte des Reichs.

135 Milliarden Nachtragsforderung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags gab gestern abend seine Zustimmung zu der Zwischenfinanzierung. Eine Ergänzung zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung verlangt für Zahlungen an Heringslieferungen im Jahre 1919 etwa 135 Milliarden Mark und auf Aluminiumlieferungen während des Krieges an die Schweiz etwa 13 Milliarden Mark. Abgeordneter Hoch (Soz.) fragte, woraus man nicht rechtzeitig für die erforderlichen Devisen gesorgt habe. Abg. Quaas (Z. Ztr.) erklärte, nicht aber sei die Bewilligung Hemmen zu können, ehe nicht die Reichsregierung in einer Denkschrift restlos Aufklärung gegeben habe. Staatssekretär Schroeder sagte dieser Denkschrift zu. Die Auswirkung der Valuta habe niemand voraussehen können; im Gegenteil heute man mit einer Stabilisierung der Valuta rechnen. Der Entwurfes wurde die zur Vorlage der Denkschrift ausgesetzt.

Verzehnfachung der Quartalsraten der Einkommensteuern.

Ein Zentrumsantrag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat einen Gesetzesantrag eingebracht über die Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1923 die Auszahlungen auf die Einkommensteuer nach dem Lohnjahren des Berfrages zu berechnen, die bei Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 aus dem Steuerbeleg, oder wenn ein solcher nicht vorhanden ist, aus der Steuerkarte, aber, wenn sie auch nicht abgegeben ist, auf Grund der Schätzung des Einkommens an die Kassenärzte 1922 erzielt.

Die Erhöhung tritt bei jedem Steuerpflichtigen nicht ein, bei denen sich das Einkommen des Kalenderjahres 1922 prozentsatzmäßig aus Erträgen seit verzinslicher Werte und Rentenbezüge zusammensetzt. Nach dem Steuerpflichtigen abzuhalten, daß sich die besondere Gesetzmäßigkeit ist, gegenüber dem für 1923 festgestellten, erklärten oder geschätzten Einkommen vorzusichtlich um rentner als das Achtfache erhöhen müssen, so ist ihm ein entsprechender Teil der Vorauszahlungen auf das Kalenderjahr 1923 zu erstatten, die bis zum 20. Juni 1923 fällig werden, sollen auf das Rechnische erhöht werden.

Der Ausschluß der kommunistischen Landtagsabgeordneten.

Sympathiekundgebungen.

Im Preußischen Landtag haben in den beiden letzten Tagen Sympathiekundgebungen von kommunistischen Arbeitern aus allen möglichen Betrieben eingestellt, die den Präsidenten Leinert zu bitten wünschen und von ihm die Wiederzulassung der kommunistischen Abgeordneten verlangen wollten. Präsident Leinert hat schließlich, um den Ansuchenden zu sagen, daß es ablehnen müssen, die nach Dutzenden zählenden Eingaben zu empfangen. Im Laufe des Mittwoch gingen weitere Eingaben aus Gesamtbetriebsrat der städtischen Werke im Lande an, die aber gleichfalls nicht empfangen wurde, da Präsident Leinert in der Sitzung prüfstierte.

Das deutsche Hotelgewerbe.

Hannover, 9. 5. (T. U.) Die dritte Hauptversammlung der Hotel-, Restaurant- und Gastwirtsgehilfen begann am 8. Mai mit einer Vertrauens- und Kundgebungsversammlung begonnen. Heute begann in der Stadt Hannover die eigentliche Hauptversammlung. Aus dem Geschäftsbericht des Verbandes für 1922 ist zu erwähnen, daß sich die Lage in den Bädern und Kurorten sehr stark gebessert hat. Der Zuwachs der Handelskammer Hannover und Mitglied des Reichsbahnrates, Dr. Fiesen, führte aus, daß **man sich für eine einige einheitliche Verkehrspolitik ausspreche. Es wunderbar sich** die Wege zu Ende, die Reichsbahn in Berlin in Fragen der Personenbahnen. Der Schwerpunkt des Verkehrs in Deutschland sowohl im Güter- wie im Personenverkehr liegt im Westen, nicht in Mittelbeutschland in der Gegend von Kassel.

Humor aus dem Ruhrgebiet.

Eine zeitgemäße Anekdote wird in der „Ruhr- und Rhein"-Nummer von „Reclams Universum" erzählt: Ein Straßenkehrer steht auf dem Gleise einer Straßenbahn und kehrt. Wenn aber die Schienen liegen. Im Zu Rechten hält er ein Brot, in der linken eine Wurst. Als der Wärter ihn fragt, was er denn hier mache, sagt er, er habe das Leben satt und wolle sich überfahren lassen. Der Streckenwärter: „Ja, das kann ja jeder nun halten, wie er will, aber wozu brauchen Sie denn die Wurst und Brot?" Darauf der andere: „Ja, glauben Sie denn, ich will verhungern, ich bei der nächste Zug kommt?" B.

Sozialpolitische Umschau.

W. T. B. Dieser Tage fanden im Reichsministerium des Innern Verhandlungen der Vertreter der Reichsressorts und der Landesregierungen statt, um die Stellung der Reichsregierung zu den Gesetzentwürfen zu den 2. Reichsnotgesetzen.

Ausstellung

Sonntag, 6. 15. von 10—2 Uhr
Montag, 6. 15. von 10—7 Uhr

Versteigerung:

Dienstag, 6. 15. von 10—2 Uhr
Mittwoch, den 16. von 3 — 6 Uhr
Donnerstag, 6. 15. von 3 — 6 Uhr

Eugen Reiz
Kunst-Auktions-Haus
BERLIN SW 68
Kochstraße 6-7.

2-Familien-Villa
m. terrassenf. Garten, 5 Zim. 1. Grunewald zu verkauf. Frieht. 9-Zim.-Wohng. m. Wintergart. Garage u. Chauffeurwohng. wird b. Zukauf frei.

8-Zimmer-Villa
in bester Lage Dahlems, solid. Neubau. Mbl. u. unmöbl. für 1 od. 2 Familien zu vermiet. Sofort. Anzahlung der Gesamtmiete Bedingung.

10-Zimmer-Villa
eines Schauspielkünstlers Dahlems zu verk. 5—10-Zim.-Tauschwohng. in guter westl. Wohngegend, mit Fahrstuhl Bedingung.

Gr. hochherrschaftl. Villa
in Zehlendorf. Repräsentationsobjekt, sehr prosser Garten. Nur für entschlossene kapitalkräftige Käufer.

Vermittlungs-Zentrale G. m. b. H.
Potsdamer 6515.
Schöneberg, Hauptstraße 1 für 31.
Vermittelt Alles!

Geschäftshäuser
Alexanderplatz, grosse Ecke in Jahren in tadellosem, mit grosser Front,
Moritzplatz, Ecke, Nähe des Platzes, kürzlich vollkommen renoviert,
Blumenstrasse, älteres Wohn- und Bürohaus, nicht repräsentabel, zu
preiswert verkäuflich.
Hermann Reichenbach,
Linkstrasse 3, am Potsdamer Platz.
Nollendorf 3162/3163, Lützow 4370.

Für Wohlfahrtzwecke
Grundstück gesucht, in welchem grösseres Schul-, klinische oder ähnliche Männer in abhaubarer Zeit frei werden. Lage gleich.
Isr. Schmidt Söhne
Leipziger Strasse 112
Zentrum 12 000/03, 3066, 10 371/72.

Kurfürstendamm-Objekt
(Zoo-Gegend),
allen modernen Ansprüchen entsprechend, zu verkaufen durch
Isr. Schmidt Söhne
Leipziger Strasse 112
Zentrum 12 000/03, 3066, 10 371/72.

Wohnungs - Tausch
Wohnungsanzeiger
als staatlich Spezialzeitung f. möblierte Zimmer, Wohnungen und Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Möblierungen von Vermietern **kostenlos** veröffentlicht
Verlangen mit dem „Gross-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der
Anzeiger für Grundstücks- u. Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungsverkäufern, Kiosken und Zeitungsverlagen zu haben, auch alle Postämter an
Verlag und Hauptexpedition:
Zeitungsexpedition Berliner Wirtschaft
Jerusalemer Str. 5-6 Fernsprecher: Dönhoff 1310-3131

GOLD-ORANGE
Einmal versucht, immer bevorzugt
KAHLBAUM

Fräulein Durchlaucht.

Berliner Künstlerroman.

Von

Agnes Schöbel.

Copyright 1923 by Drei-Verlag, Berlin.

(7. Fortsetzung.)

Die schwarzhaarige Baily recke sich in einem Gefühl des Glückes über ihre freundschaftliche Beziehung. Natürlich war alles, was sie jeden mit sicher Zunge vorgebracht, geflunkert und erlogen. Außer der autmütigen kleinen Recke besah die Lore eine einzige Freundin in der ganzen Mädchenschule, wo ihre Mitschülerinnen hatten ihr die Aufnahmen so recht von Herzen gegönnt. Und auch die kleine Recke hatte sich nicht an ein Vertraten aus dem Institut. Die blohe Nennung des Wortes „Komedianz" hatte ihr keinen der gefernen Mutter ein paar ausgiebende und brennende Knallbonbons eingetragen.

Tante Clare aber fand erschüttert. „Meiß du, Lepold, wenn sich's so verhält, und die Lore wie sein unschuldiger Lamm auf die Schlachtbank gegangen wäre, dann könnten wir ihr gratulieren."

Ein fassender Laut. Der graurote Vater hebte das Strumpfband. „Sie muß ins Bett, sie muß sie sofort hin. Mit Schande hat sie mein eidlicher Name bedeckt, jahrzehntelang hat sie mir, der ich die Bibliothek der Ritterschaft in Hofbrunn gebunden" habe, zur Freude kommender Geschlechter" [illegible] Gebäuden, in seinen nunmehr sicht aufgeroltierter Bertiefung einst der neuerbaurte, mie auf einem Blitzstrahl zur Welt geschlagen. Kalt aufgen und geistrauwell hatte.

„So sich ist doch —"

„Weiser Leopold", hebte die Keine Recke.

„Du hast sich langsam die Tür auf, stehst und eleend vor Scham Lore auf der Schwelle. Als sie ihre Freundin in bitterster Stellung vor dem schwerreichen Vater erblickte, wurde sie so blaß wie das lepte Tee-Gebäcke auf den Tisch des Hauses wieder. „Für den allen Schuna aus dem Schaukenster, sagte sie beschämt. „Den Bären habe ich verkauft und die zwei gestickten Bojen. Als ich merkte, daß ein paar Damen nach Leibdichern fragten, um an die Bojen zu gelangen, da dachte ich mir, daß das seltene alte Stücke sein müßten, und habe rasch einen bildchen Preis gemacht." Zumeinem was die kleine Schlaftrunk, so hoch überwertvoll wurden, denn sie zwei Bojen stellten, wenn man sofort, zwei seltene Stücke aus der Zeit Kaiser Wilhelm des Starken, Vater, der und Bäbchen vierfach den ihnen von der Lore zubiktierten Wert.

Tante Clare sich den Bruder an. „Lepold, denk an Fiorchen. Die Bäbe auch vergeben. Die hatte der Liebe. Jetzt sei Dank, daß wir auf dem Trabbiene haben gehen lassen. „Wir sind doch Gnaden vergeben, denn sie hat viel geliebet." Mit einem Blick auf die Lore: „Ich, ihr nu man. Das Geschäft wird sie passen, so wird die Gute und Frisch kein. So 'n armes Ding von Lehrerin flutscht auch man den langen Tag über die Kehle."

„Aber mein eisbraunt Haupt." Ein Entsetzen hat alten Miller seit Traugott Leopold zeje ein. „Wenn der Teufel ein Ei in die Wirtschaft gelegt hat, dem wird ein Bäbchen Lehrer geboren."

„Das Tante Clare ist nicht lofer. „Leo" wenigstens das Brotmesser aus Händen. Das Kind ist jut. Denk mal bloß, was sie die heut schon eingeschafft hat. Wenn das so weiterrennt —"

Traugott Leopold stieß ein paar mächtige Rauchwolken aus. Allerdings, wenn das so weiterging, dann rüchen die Linden vom Brandenburgiser Tor ab und an die Brandenburgistraße heraus. Die Schole seines Zorns hob sich federnd aus dem Kissen empor. Mitten in seiner Seelenkampf hinein drängte sich ein neues Ereignis.

An die zur Küche führende Tür klopfte es, kurz und hart, wie das Unglück in Person. Herr Willem Jockenfeld aus Burgstall trat ein, der Keiner der Bäbchen. Er hatte sich von den Privatrumen des Chefs aufwarte, trug er einen rotsiegelnden, hochelegenen Zylinderhut in der Hand, den er unaufhörlich drehte.

„Sie kenn's sich's nich jefallen lassen, Meister, paraboh nich. Wat zu wille is, is zu wille."

Auf das Gesicht des Gerufenen hin senkte sich schiver und wuchtend ein neues Gewicht. „Wat wiste denn los sind?" fragte er dumpf im tiefsten Baß.

„Ich da noch nicht los, wenn der Buchbindermeister von dreiden, in Firma Brunung u. Cuntz seine Tochter, ennen er bei jemanden Schwiegersohn, wat er ueberhaupt jibt, Sie nachschmeißt, Herr Jeheimrat? Ja da noch nicht los?"

Ein Zucken lief durch das eisen Lokomotivschornheim. Die Umrisse der Möbel verschwammen, den Pointer Saubergwoig deckte eine dunkle Wolke zu.

„Mit wat for'n Schimpfwort hat er jeschmissen?"

„Ich wicht's Ihnen nich sagen, Herr Leopoh." Der rotsige Duft bekam ein paar Beulen. „Der Schlag kimmt Sie schlagen. Ich möchte wirklich nich, Ich kimm' nich jerunn, wenn ich das jüdische Familienjiftkiel hier betrachten due."

Tante Clares Gesicht war ganz blank von Zrähnen. Die jerne Mädchen bekamen eine Kuppe wie für ein Erbbegräbnis. „Weiß Erinnerungsfetzer zeiseln for Frau Florchen?" Herr Jockenfeld, das Burgstall beete rasch in seinen Zylinder hat hinein.

„Sagen Sie's", kunnete Traugott Leopoh. „Ich befehle es Ihnen kraft meiner Wesenschaft über Ihnen."

Da hiebte der armselige Geselle in den bogeren Kisten ein. Der Zug lief durch seine Hand. „Denn muß ich jehorchen. Jott verzeih' mir meine Sinde. Er hat gesagt, Sie — Sie — Sie — Sie Luchthure jeiste Jeschwister."

Die beiden Mädchen kjelte es vor Lachen in ihren Grundsesten. Der Meister richtete sich auf wie weiter Wiesenbaum. Die Kuppe wie ein Fahnenfähnchen hoben sich hoch empor. Ein Blick, ganz kalt, ganz ohne Gefühl, hatte sie fie herunterfliemmung. Dann setzte sie sich drohend und nachdrücklich hin.

Tante Clare lag lange noch, ehe der Schlummer sie umfing. Er kam in Gestalt des Pastors Sauberguwe, der ihnen sagte, daß Traugott Leopold von von einem mächtigen Zacken getroffen heimgeholt und hatte der über einen zerrissenen so fest und gebunden Lore Lieb und Leben aufgeschlitzt, die in ihr Herz hineinschnitten und Selenna Rosenamen entdacken. Schwerer zu tragen erschien ihr aber etwas anderes. Das scharfe Verbot, im nächsten Winter eine Zamstunde zu besuchen. „Aber wie muß sind. Die Freiinnen dürfte nicht. Auch die neue Sommerkuft kannte die verbessen. „Ist frei" wie jetzt mit Dernen und Reifeln an denke nach, was man sie verbeten soll."

Auf das Gesicht eine Empfindung, nicht gerade auf reichgeschlachten Rosenblättern zu liegen, als sie in der kommenden Nacht trat. Auch die heroische Tante Clare hatte sich nicht verdeckt, daß sie ein bißchen Dornen zu fühlen hatte. „Sie sind ein Freiinnen dürfte nicht. Ihre Augen brannten hinein ins Dutter der Nacht. Eine Mütze Schlaf wollte sich immer sie. Jetzt sah sie zwischen Lores Locken hinein. Wild fuhr das Mädchen hoch und riß das Fenster auf. Kein Mond im Himmel. Nicht der kleinste Stern. Was sollte aus ihr werden?

Worin um Lieben stehen? Verkaufen? „Immer-fort sprach sie. Wie sollte sie? Jetzt? In der engen Hinterstube wohnen bleiben, bis ihr Jeder einst gram wurde und ihr die Jähne ausfielen? Wie sollte sie? Wie sollte sie? Wie sollte sie? Ein dumpfes Gefühl des Grolls gegen ihren Vater quälte sie. Immer heißer rauschte ihr Blut. Ein Schmerz wie Feuerzungen bohrte ihr aus. Da plötzlich, als sie schon um sich schlagen wollte, hörte sie eine wunnige Stimme. Das Fiskern hatte sich ganz fest schmiegte sie sich zwischen die Kissen. Plötzlich schlief sie fein.

Im Traum sah sie riesige Prinzen hoch über sich aufgetürmt, alle von Gestalt und Gesichtsmerkmal: alle blieben und Farben niederstreuend. Was für Farben! Mit lose hängenden Haar tanzte Lore bald in das tiefste Blau hinein, bald in das smaragdgrüne. Nun wickelte sie sich ganz in Gold ein und in ihr Haar —

„Lore — Lorelen — —!"

Lachend und selig rief sie es. Da hörte sie ein Aufspringen, als Kinder die ein ganze Welt Beifall ohne Ende, ohne Pause. Sie jauchzte und — wachte auf.

Gegen die Scheiben flirrten Hagelschlägen in genauer dämmerigen Frühe. Und dazwischen fiel Blitz auf Blitz, — grün, rot saphirblau. Frühlingsgewitter!

*

Der Traum wollte der Lore gar nicht aus dem Sinn. Es mußte ein Schicksalstraum gewesen sein, auf sie niedergefallen in den Nacht nach der gräßlichen Vertosung. Sie spann an seiner Auslegung herum, sie rätselte, sie fann, und endlich hatte sie die Deutung: „Werde etwas Besonderes. Du bist außerordentlich."

Aber wozu? Daß sie auch nur ihre Jugend hindurch die Gehilfin ihres Vaters im Gemälde ihrer Mutter gewesen sein, war nicht die Rede fein. Sie trug nun lange Kleider — soviel die Aufnahme Stoff hergegeben, hatte sie sie herunterfallen lassen. Was nannte sie Fräulein Leopold, und der Name hat sie ihr gegeben, die sie liebte. Und doch klang es um sie her, wo sie ging und stand: Lorelen, — Lorelen.

So manches Kleiner kam lediglich, um die täglich erledigten aufblühende Tochter des ehrlamen Meisters Leopold zu sehen: aber sie benahm sich so fühl und gelassen, daß sie nie gefehlt hat Anmäherung ab, daß die Kunden nur um so häufiger sich einstellten. „Indem wou sie wirklich sterbig. „Oeje um Jeschäft." Die Tante Clare logte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Frömmigkeitstypen der christlichen Konfessionen.

Drei Vorträge Erzbischof Dr. Schoebers.

Auf Einladung der Münchener Universität stellt der christliche Erzbischof Dr. Nathan Söderblom, der Protaniser der Universität Upsala, vorgestern und gestern Vorlesungen über Frömmigkeitstypen der christlichen Konfessionen. Dr. Söderblom ist bekanntlich Vertreter des Lutheranismus und bekannt durch seine kirchlichen Einheitsbestrebungen und sein manuhafftes Eintreten für die deutsche Sache. Die Vorträge, die Dr. Söderblom aber seine Vorträge, die durch die Persönlichkeit des Redners und durch den Ort, wo sie gehalten wurden, eine besondere Bedeutung erhielten, stammt aus der Feder Dr. Söderblems und wurde uns in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt.

Reform, Uebung, Offenbarung.

Die Reform der Kirche an Haupt und Gliedern war eine mittelalterliche Forderung, die in Wycliffe und Hus, im Jahrhundert allgemeinen und tiefer empfunden wurde als jemals. Erasmus hat ebenso gefiernge Worte wie Luther gegen Mönche und Priester. Im Programm, die Kirche nach dem Geist des Evangeliums zu reinigen, war er kein Lehen lang getreu.

Erasmus ist bekannt der allgemeinen Bildung mehr gewaltig als Luther und Loyola, welche beide sich nicht mit Reformen begnügten, sondern der Sacramente, zu einer neuen religiösen Schöpfungen getrieben wurden. Die methodische Uebung oder die Askese gehört zu jeder edlen Religion. Die Mystik aber lehrt die Beziehung von Körper und Seele ausgebildet, um immer höhere Stufen des inneren Lebens zu erreichen. Im Westen ist Mystik mit Ignatius von Loyola, mit der Heiligen Theresia und mit Johann vom Kreuze das geliebte Land der Uebungsmystik. Loyola hat dabei eine doppelte Originalität: erstens hat er die Uebungsmethode demokratisiert, so daß nicht nur begnadeten Mystikern, sondern allen Menschen die Methode zugänglich ist, weiter hat er, was noch wichtiger ist, das Training der Gnade auf die praktischen Pflichten des Lebens gerichtet.

Aber wozu? Daß sie auch nur ihre Jugend hindurch die Gehilfin ihres Vaters im Gemälde ihrer Mutter gewesen sein, war nicht die Rede fein. Sie trug nun lange Kleider — soviel die Aufnahme Stoff hergegeben, hatte sie sie herunterfallen lassen. Was nannte sie Fräulein Leopold, und der Name hat sie ihr gegeben, die sie liebte. Und doch klang es um sie her, wo sie ging und stand: Lorelen, — Lorelen.

So manches Kleiner kam lediglich, um die täglich erledigten aufblühende Tochter des ehrlamen Meisters Leopold zu sehen: aber sie benahm sich so fühl und gelassen, daß sie nie gefehlt hat Anmäherung ab, daß die Kunden nur um so häufiger sich einstellten. „Indem wou sie wirklich sterbig. „Oeje um Jeschäft." Die Tante Clare logte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Frömmigkeitstypen der christlichen Konfessionen.

Drei Vorträge Erzbischof Dr. Schoebers.

Auf Einladung der Münchener Universität stellt der christliche Erz

Himmelfahrt.

Ein Tag der Auspannung.

Auch der Unglückliche wird diesen Tag hegen. Er bringt ihm Waldesgrün, Maiengrüne und die Feiertäume, sie zu genießen. Auch der Verschuldete wird seine trockene Seele weiten. Sein Auge wird sich haben an den herrlichkeiten des Tages. Der Naturfreund wird seine Zuhelbanne singen. Andachtvoll wird er niederknien vor den ewigen Wundern des Lebens. Der Gläubige wird in die Himmelsfahrt seines Sein Dreieinig mit dem Ruhme des Höchsten. Der Urbeliner aber wird sich zusammentreten zu Männerbünden und ausschwärmen in die Ausflugsziele und Bierhuben der Umgegend. Der Lustbegier wird seinen neuen Sommeranzug duschen. Das himmlische Gewölf wird ihn zu rascher Einkehr zwingen. Die äußere Vermöffnung wird in ihr und immer Behaglichkeit ausgesleichen suchen. Alle traditionellen Freuden des Tages wird er auch diesmal auskosten wollen.

So wird je nach Temperament und Laune der Tag gefeiert werden. Alle Freuden werden der Verfehung beginn, die dieser Feiertag mit in die Seele des ersten Sprießens und Grünens verlegte. Im Zusammen der Natur fühlt die Seele freier vom Druck und Zwang des Werktagsgetriebes. Kräftiger die Stimme, die uns geschenkt wird zur Versuchung in die Wannen der Unwelt. Welcher Wiederbeleben! wird bewußt den Wert des Aufstumm-Habens? Wer schätzt den Gebrauch der Ohren, Augen, ein, die uns dem Wirbel des Alltags entreißt? Musikmen, aufspannen aus dem Weitland um Wort und Papier. Kraft schöpfen an neuem Quellen — ist es nicht reicher Gewinn? Wie sind Kräfte? Dehmel?

„Uns fehlt nur eine Kleinigkeit, um so frei zu sein wie die Vögel sind: Nur Zeit!"

Zeit ist mehr wie Geld. Zeit ist Freiheit. Freiheit ist Geld. Wenn wir diesen werden am heutigen Tage sich des Segens freier Stunden freuen. In Werden und in Mainz aber legen heute Scherben deutsche Tatmenschen in Kettenst Wer heute noch lachende Blumen pflückt, wird heute seine Blicke hinlenken müssen in die Kerker an Ruhr und Rhein. Wieder wie sonst wird er die Schmach empfinden, die auf uns lastet, und sie die Größe des Lebens, die Unbeschränkte für uns tragen.

Die Wucherstatistik.

Im April 1923 sind bei Abteilung W (Wucherbekämpfung) des Polizeipräsidiums insgesamt 1582 Strafsachen neuer Vergehen gegen notwendige Bestimmungen zur Bewirtung gekommen; hiervon wegen Höchstpreisüberschreitung, Preiswucher und Kettenhandels 929, wegen Nichtanzeigepflicht 548, wegen unerlaubten Handels 131, wegen sonstiger Vergehen (Ein- und Ausfuhrbestimmungen, Lebensmittelvorschriften über äußere Kennzeichnung von Waren, gegen Rationierungsbestimmungen) 164 Fälle. An die Staatsanwaltschaften wurden 1258 Sachen abgegeben. Es sind Endurteile erfolgen 39, davon 24 wegen wirtschaftlicher Vergehen, 9 wegen Meistbietertreiben, 4 wegen Unzuverlässigkeit von Lebensmittelhändlern und 2 gegen unzuverlässige Gastwirte.

Beschlagnahmt wurden unter anderem: Fleisch im Werte von 6 414 300 ℳ, Wild im Werte von 3 562 800 ℳ, Geflügel im Werte von 3 734 400 ℳ, Fische im Werte von 2 000 ℳ, Butter im Werte von 7 332 100 ℳ, Margarine im Werte von 256 500 ℳ, Eier im Werte von 2 225 419 ℳ, Geräucherte im Werte von 120 000 ℳ, Kakao im Werte von 400 000 ℳ, Fische im Werte von 21 000 ℳ, Mehl im Werte von 6 320 000 ℳ, Kartoffelmehl im Werte von 120 000 ℳ, Zuckerwaren im Werte von 3 800 000 ℳ, Briefbeschwerer im Werte von 994 000 ℳ.

Vereinfachung der städtischen Verwaltung.

Bekanntlich ist der einziger Zeit in Groß Berlin der sogenannte „Große Organisationsausschuß" gebildet worden, der aus Mitgliedern des Magistrats, Stadträten, vier Bezirksbürgermeistern, den Oberbürgermeister und dem Kämmerer besteht und dessen wichtigste Aufgabe es ist, Richtlinie für die Verwaltung Groß Berlins zu schaffen. In seiner letzten Sitzung hat der Organisationsausschuß nun beschlossen, eine Verwaltungsvereinfachung des Hochbau- und Tiefbauamtes, sowie der Maschinenbauamtes vorzunehmen. Durch die Zusammenfassung dieser drei Ämter wird nicht nur eine erhebliche Personalersparnis erzielt, sondern es wird auch in vielen Bauvorgängen erfreulicherweise eine bisher zeitraubende Zwischenarbeit erspart werden. So wird in Zukunft das Vereinigte Bauamt sich auch der Reklamebauten und der Reklamesteuer annehmen, die bisher von Tiefbauamt aufgestellt worden sind. Der Organisationsausschuß hat sich auch mit der Verkehrsdeputation beschäftigt, von der man die Wahlbeteiligung und die Beschäftigungsstatistik abgenommen hat, um die Arbeiten dieser Deputation nicht unnötig zu belasten.

Miete für möblierte Zimmer.

Für möblierte Zimmer werden bekanntlich Mieten in wucherischer Höhe gefordert. Es wird daher dennoch hingewiesen, daß auch die Miete für möblierte Zimmer auf Grund des § 14 des Reichsmietengesetzes gesetzlich geregelt ist. Jedem Untermieter steht das Recht zu, sich auf die gesetzliche Untermiete zu berufen, er ist sodann, ohne Rücksicht auf die vereinbarte Miete, nur zur Zahlung der gesetzlichen Untermiete verpflichtet. Bei Streit über die Höhe entscheidet das Mietseinigungsamt. Im übrigen kann bei Fällen von Wucher eine Bestrafung auf Grund des Reichsstrafgesetzbuches erfolgen. — Es empfiehlt sich, daß jeder Mieter eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft zu richten.

Schulentlassene aufs Land.

Das Jugendamt der Stadt Berlin ist in der Lage, schwächliche oder nicht kranke oder gebrechliche schulentlassene Kinder im Alter von 14 bis 16 Jahren, die für die Ergreifung eines Berufes zu schwach sind, für drei bis sechs Monate unter Umständen in guten Pflegestellen auf dem Lande zur Erholung unterzubringen. Die Unterbringung erfolgt unentgeltlich; die Kinder müssen sich dafür durch leichte, ihrem Körperzustande und Können entsprechende Arbeiten nützlich machen. Für die leichten Arbeiten erhalten die Kinder eine Entschädigung. Eltern die ihren schulentlassenen Kindern einen solchen Landaufenthalt verschaffen wollen, werden gebeten, sich umgehend bei den zuständigen Jugendämtern ihrer Bezirke zu melden.

Keine Erwerbslosenfürsorge für notleidende Straßenbahnen.

Der Reichsarbeitsminister hat in der Frage, ob notleidende Verkehrsunternehmungen aus Mitteln der erwerbslosen Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden können, nach wiederholter Prüfung dahin entschieden, daß bei erster Mittel der erwerbslosen Straßen- und Kleinbahnen nur in sehr seltenen Ausnahmefällen verwendet werden können; sie werden auch wegen nicht selbst großen Betriebes eine wesentliche Entlastung nicht herbeiführen können.

Die Gültigkeit der Stadtbahnfahrkarten.

Zur schnelleren Durchführung von Zusammenfassungen in den Fahrkarten des Berliner Stadtbahnen und Vorortbahnen (Dauerfahrkarten und Zeitkarten) jetzt durchaus an Stelle des Fahrpreises die Preisfüre aufgedruckt, die in Verbindung mit dem jeweiligen Wochentag und Fahrkartenausgabe die Feststellung des Fahrpreises ermöglicht. Die Reichsbahndirektion Berlin weist nun zur Beseitigung etwaiger Mißverständnissen darauf hin, daß durch die Preisfüre allein der Kreis der Geltungsbereich bei Zeitkarte bestimmt wird. Für den Geltungsbereich ist allein die jeder Karte aufgedruckte Gültigkeitsstrecke maßgebend.

Selbstgefertigtem einer Kindesmörderin.

Mittwoch abend erschien auf der Zentrumswache die 46 Jahre alte Frau Marie Sommerfeld aus Niederschönhausen und gab an, daß sie vor 14 Jahren ihr damals drei Monate altes uneheliches Kind am Tor mit Morphium vergiftet habe. Die Mutter der Kindermörderin stammt

Berliner Kleinkunst.

Nelson-Theater.

Laßt mich gestehen: mir sind diese „Frauen vom Olymp" zu hoch — so hoch, daß ich sie trotz vieler Einbeziehungen nicht zu deuten, noch auch nur ihr „Niveau" zu leben. Schanzer-Weltlich's neuer Dreiakter, der auch eine Schlüsselfigur dem versuchte und sich so weder Schwank noch Posse noch Operette noch Revue nennt, auch keines davon sein will, ist eine Satire auf „Paris" betitelt und Apfel-Gericht. Herr von Paris prait, so will es der Kurfürstendamm, die Göttinnen mehr auf Weitung, als Wertung. Die Göttinnen aber wissen, er sich für Venus entscheidet, jenen Schweiser: die schöne Helena, die beim König Midas zu Gelach ist. An Helena leidet, mit ganz heranden Schaumkronen der Aktualität überhäuften Genialischer gemessen, weiter sich der Olsenbach zum eisernen Steg.

Das Merkwürdige war nur, daß man sich ausgezeichnet unterhielt. Das lag an der Leistung an Nelsons bestimmten Melodienen und Tanzweisen, die ohne Schlagerzopfe, aber ganz gleichsch. leicht und blutvoll immer Gefall entstiegen — von einer feinen Schar von Streichern in lieblicher Rhythmik begleitet. Bewiesen an den bestimmten Nummen und Kostümen nach Rainers Entwurf, die ein fröhlich verjüngtes Helenentum trafen. (Wobei „Kostüm" für die Bekleidung einiger der Damen als maßlose Untertreibung gelten muß.) Und schließlich an einer geschlossenen und munter ostrafiten Aufführung, die bei einem tänzerischen und musikalischen Element ausgezeichnet war; mit der mehr umfertigen, als beschwerten Kunstgestalt Cramer, die Nichtig & Matthäus; Gelbert 10, Jenny Steiner, der famosen Rathe Erlbolz, die stimmlichen Reiz und eine einzigartige Kultur der Keßheit vereinigt, der Eva Zinckmann und den niedlichen der Mizzi-Mädchen; den erfreulich stimmungsbegabten Unterkirchner, dem blumumed lebendigen Kurt Fink, der wieder Zaterenhalt zu nimmer hatte, und in bestechenden Mienen auch an Wallmann und Treptow, für die man freilich nur blasse Aufgaben erfunden hatte. Die spielten alle einen jeweiligen Stand in gute Laune, und erzauneten einem jeweiligen Stand einen harten Erfolg.

Der Wintergarten hat einen bemerkenswerten Spielplan zusammengebracht. Die unterhaltsamste Nummer ist der musikalische Klimmer Carl Brauns, der mit Perücken, Bärten und lustigen, obschon in ihrer bilderlichen Echtheit nicht nachzuahmen Bewegungen und Kompositionen aus Tschaikowsky, Lehar, Leoncavallo, Wagner und Pujo, Millöcker und Suppée, Offenbach und sogar Nikisch — mit einer großen Leichtigkeit in der Formung der Maske, und manchen heiteren Beiwerk, zu dem ihm die Theaterkapelle — mit einer gewissen Selbstbetätigung verhilft. Ella und Oskar Aegir unterscheiden sich von anderen tätzerischen Ehepaaren nur dadurch, daß sie in einem über menschlichen Wasserbecken tauchend Apollinen schalen und verschlen, Liköre trinken und es in einem gewissen Dauerrauschzustand unter Wasser gebracht haben — wobei ihnen die Luft dieser unerfreulichen Erde kaum zu frischen scheint. Mortimann Zelma, der „Meister am Billard", ist kein Meister des Kugelstoßes, aber ein Schlangenmensch von der Beweglichkeit einer ganzen Gummitruppe, der in manchen Stellungen geradezu — verbogen aussieht. Robert Steidl trifft man nach langer Pause wieder einmal in einem guten Varieté: er hat sich die ganze appetitliche Frische seines Temperaments, die lingende, jeglicher angeflickte Schmerzbeforschbeit unter dem schiefsitzenden Zylinder bewahrt. Was er singt, ist zum Teil Erfolgsschlager, zum Teil auch sonst nicht wert, aber es zündet doch irgendwie durch die strahlende gute Laune seines Sächsisch und seine allbeschwingte Schwerz, von denen der bei altmanischen Leierkasten noch immer von unsäglicher Komik ist. Green & Dyo bringt Gespräche zum Bellen, Gesangen, Zwischenen, Wiehern, er lässt an unwirklichen Schleifrohren nicht verjandene Messer sichten und hinrichten, und so geht somit ein urdrolliger Exzentrik. Das Zangerouar Gloudy und Vera beherrscht kein Fach, die Steinkirchner Zelma, der „Meister am Reck" ist nicht sicher, und die 3 Bellos zeigen in ihren Gladiatorenspielen nehr männliche Kraft als geschulterte Kunstmittel.

Wie hübsch, frob und lauber ist wieder das Marton-Ballett in der Scala, obschon es ohne seinen Meister und ohne Katto Sterna tanzt und seine neuen Dinge bringt. Aber das von den beiden Kindern Sterna getanzte „Spielzeug Gullimalk", die „Liebelei in Holz", „5 Stunden Arbeitszeit", und die „Zärtlichen Junggesellen" sind so munter und voll Freude an Form und Farbe und heiterer tänzerischer Bewegung, daß man sie mit echten Begeisterung wiederholt. „Odio" der angeblich chinesische Alkoholist, ist ein Hexenmeister von bedeutenden Ausmaß, der sich vor aller Augen Gestalt, er Wasserfarben, Seidenfäden und Blumen erscheinen und verschwinden, ohne daß man ihm ein Geheimnis abgelauscht oder auch nur erlauschen kann. Ida Manti demonstriert in Erscheinung und Gewandung ein Kapitel „Gepreßte Spitzenstiefen" und spielt lustlerisch. Lerch Lerch ist ein erlesenster Schattenspieler, die Albrechts balancieren auf unsichtbaren Stangen, die der eine von ihnen frei auf der Schulter trägt, Rose und Honey vom Neuen Theater Puppenen lassen in ihren Schlittschuhfängen bedauern, daß von der Herrlichkeit der drei Berliner Eispaläste nichts übrig geblieben ist, und Gerny und Gerny zu erweisen sich wieder als ebenso gewandte wie humorvolle Redtunner.

My.

Was Wojak freiwillig zurückzahlte.

Dieser Prozeß wäre an sich nicht so interessant, wenn er nicht beim deutschen Volke für vor Augen führte, wie in den Gesellschaften, wie den Deutschen Werken, und in welch leichtsinniger Weise das deutsche Volkgut verschwendet werden ist. Was das Volk das nicht sonst Interesse daran wie sich bei einem gewöhnlichen Mord oder Totschlag, vor der Schwurgerichtsal nicht ein Drittel der anstimmenden Neugierigen fassen kann. Mehr als sechs Jahre haben beim Prozeß Wojak noch nicht begonnen. Das ist zu bedauern, denn gerade ein solcher Prozeß wird viel mehr, wer die eigentlichen Schöpfungen an dem deutschen Volksvermögen.

Sehr richtig bemerkte ein Berteidiger, man könne hier gut und gern das Wollen verstehen, die Jungen auf die Anklagebank setzen und die Angeklagten als Zeugen vernehmen. Da ist wohl jedenfalls einer, der ein Kleinod besitzen möglichsten hat, und wie leicht ist es den Leuten von den Deutschen Werken gemacht worden, nachdem man sich erkundigt zu haben? Der Angeklagte Wojak teilt mit, daß die einzelnen Sorgen nur ganz flüchtig oberflächlich worden sind, in daß sie immer gewiß hat, wieder überhaupt verhandeln was. Die Angeklagtenbänke, die sehr nachdrücklich gefüllt wurden, sind zum Teil auch nach verlorene Zeugnisse. Die Kartoffelstärke über die ganzen Zeilenbestände fehlen. Ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse wirft die Tatsache, daß ein gewisser Kühn an Wojak bekanntes und ihn darauf aufmerksam machte, daß man ihm seine Zeilen auf teurer berechnet habe als der Firma Gerh. die einer Tage vorher sich die besten Zeilen und ihre Tage machte. Wojak möge sich nur mehr weniger berechnen lassen und sich ein anständiges Einkommen daraus ziehen.

Mit dem sachlichen die Angabe der Zeilen an Wojak erlangen sich der Kaufmannsehr Foerch in seinem Immer und Spiele Zeit. Unten aber gab der Notarsehr Palm, der als Zeuge vernommen wird, das Zeilen um, obwohl er eine Abmag hatte, um mal für einen Auftrag es sich handelte. Nur der Angeklagte Bernard hatte ihm bewußt gesagt, er soll das Zeug nach Wohl des Käufers ausbinden. Das wissen ja nette Zustände gewesen sein, wenn der Sachlichen Zeilen Zeugen Zeugen hätten, daß der Oberkaufmannsrat Bernard durchaus seiner Aufgabe nicht gewachsen war, so daß die Firmen Deutsche Werke ihr Geschäft verfehlen. Das ganze Zeilengeschäft, das nur deshalb eine solche Bedeutung erlangte, weil es der bei Zeiten Firmen Deutsche Werke ein Gewinn von 35 Millionen Mark, die

Volkswirtschaftlicher Teil.

Donnerstag, den 10. Mai 1923.

Die neue Devisenverordnung.

Anzeigepflicht der Devisenbanken. — Teilweises Verbot der Devisenbeteiligung. — Die Rechte der Reichsbank. — Hohe Strafbestimmungen. — Konzessionspflicht für Wechselstuben.

Wie bereits gemeldet, hat der Reichsrat die neue Devisenverordnung angenommen. Ihre Veröffentlichung wird am Freitag oder Sonnabend dieser Woche erfolgen. Sie tritt am Tage nach der Bekanntgabe in Kraft. Für das bestehe Gebiet etwas später. Die Regierung hat, soweit schon jetzt über die Verordnung verlautet, ihre Aufgabe darin erblickt, die Lücken der alten Devisenverordnung vom 12. Oktober v. J. zu beseitigen. Sie ist der Ansicht, dass damit alles versucht wird, was mit technischen und polizeilichen Mitteln in dieser Richtung hin unternommen werden kann. Hieraus geht hervor, dass sie sich von der Wirksamkeit der neuen Vorschriften selbst nicht viel verspricht.

Die neue Devisenverordnung bringt, wie wir schon jetzt erfahren, eine einheitliche Kodifizierung der bis jetzt bestehenden Devisenvorschriften. Es treten danach ausser Kraft: 1. das alte Devisenhandelsgesetz, 2. die Devisenverordnung vom 12. Oktober 1922, 3. die vier Ausführungsverordnungen dazu. Diese werden ersetzt durch neue Ausführungsbestimmungen. Es bleibt bei dem bisherigen Verbot, dass Zahlung mit Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung bei Inlandsgeschäften nicht stattfinden darf.

Der Erwerb von Zahlungsmitteln in ausländischer Währung gegen Reichsmark ist nur nach Zustimmung der Finanzamts zulässig. Der Genehmigung bedarf es nicht, wenn der Auftrag von einer Devisenbank oder von solchen Personen erteilt wird, die eine Handelskammerbescheinigung über Devisengeschäfte besitzen.

Neu in die bisherigen Bestimmungen ist eingefügt, dass auch die Devisenbanken den Erwerb von Zahlungsmitteln in ausländischer Währung der Prüfungsstelle zu melden haben. Die Devisenbanken haben auch den Belege zu bemerken, ob ein Kassa- oder Termingeschäft vorliegt und bei Termingeschäften den Tag anzugeben, an dem die Zahlungsmittel oder Forderungen zu liefern sind. Sie müssen innerhalb einer Woche nach Ausführung des Geschäfts ein Stück von jedem Beleg dem zuständigen Finanzamt übersenden. Auf diese Weise ist es möglich, die Veränderungen in den Devisenbestanden der Banken dauernd zu verfolgen. Neu ist ferner das Verbot des Markverkaufes im Auslande. Gesimmt sind hiermit die Devisenkäufe, die an ausländischen Börsenplätzen gegen Mark getätigt werden und die sich bisher der Kontrolle der Prüfungsstellen entzogen. Diese Geschäfte können in Zukunft ebenfalls nur durch Vermittlung einer Devisenbank getätigt werden. Nicht zulässig sind Käufe von ausländischen Zahlungsmitteln zum Zwecke der Spekulation oder zu Vermögensanlagen. Es wird hierbei auf die Möglichkeit des Erwerbs wertbeständiger Vermögenswerte in Form der Dollarschatzanweisungen verwiesen.

Das Verbot der Devisenbeteiligung erstreckt sich nicht allgemein auf sämtliche ausländischen Zahlungsmittel, sondern nur auf Geldsorten, Papiergeld und Banknoten, während Anzahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel und andere Forderungen in ausländischer Währung zur Sicherung eines in Reichsmark oder in Wertpapieren zu gewährenden Kredites, allerdings nur bei Devisenbanken, verpfändet, hinterlegt oder sonstwie zur Sicherung hingegeben werden können. Auch diese Geschäfte haben die Devisenbanken der Prüfungsstelle zu melden. Aus diesem Grunde müssen die Geschäftsbedingungen der Banken insofern geändert werden, als die gesetzlichen Pfand- und Zurückbehaltungsrechte an Geldsorten, Papiergeld und Banknoten in ausländischer Währung während der Geltungsdauer der neuen Devisenverordnung zur Sicherung oder zur Befriedigung von Ansprüchen aus Kreditgewährungen nicht geltend gemacht werden können.

Ein besonderes Kapitel bilden die neuen Rechte der Reichsbank. Die Reichsbank kann für die Geltungsdauer des Notgesetzes Auskunft über den Besitz von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung und über die innerhalb bestimmter Zeiträume abgeschlossenen Geschäfte mit solchen Forderungen sowie Unterlagen verlangen. Sobald sie feststellt, dass Devisen nicht zur Bezahlung von Einfuhrwaren zur Abdeckung von damit zusammenhängenden Verbindlichkeiten (Frachten, Versicherungen, Provisionen, Spesen usw.) oder zu sonstigen im Interesse der Wirtschaft notwendigen Zwecken erforderlich sind, kann sie deren Ueberlassung gegen Reichsmark zum Tageskurs gemäss ihren allgemeinen Ankaufsbedingungen verlangen. Die Reichsbank kann ferner anordnen, dass jemand Geschäfte in ausländischer Währung nur mit ihrer Zustimmung abschliessen darf, wenn sie festgestellt hat, dass die betreffende Person zum Schaden der deutschen Wirtschaft mit ausländischen Zahlungsmitteln spekuliert.

Gegen die Ueberschreitung der Vorschriften werden eine Reihe von Strafmassregeln angedroht. Es kommen in Betracht Gefängnis bis zu 3 Jahren und Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel. Ferner kann angeordnet werden, dass die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Devisenbanken kann vom Beauftragten des Reichswirtschaftsministers für Devisenprüfung nach Anhörung der Handelskammer und im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde die Befugnis entzogen werden, Geschäfte in Devisen abzuschliessen und zu vermitteln, wenn sie keine Gewähr für die Einhaltung der Vorschriften der Devisenverordnung bietet. Ebenso kann Personen die Handelsbescheinigung für den Erwerb von Devisen entzogen werden.

Neben dieser Devisenverordnung sind eine Konzessionierung und Kontrollierung der Wechselstuben vorgesehen. Die Konzession, die an die Bedürfnisfrage geknüpft ist und den auch die schon bestehenden Wechselstuben unterliegen, wird durch die Länder erteilt. Die Wechselstuben können grundsätzlich ausländische Zahlungsmittel an- und verkaufen, dürfen aber nicht abgeben.

Die Wechselstuben haben die eingenommenen Zahlungsmittel innerhalb drei Tagen der Reichsbank anzubieten. Werden sie ihnen von der Reichsbank nicht abgenommen, so haben sie die Devisen den Devisenbanken anzubieten. Die Wechselstuben sind verpflichtet, genau über alle Abschlüsse Buch zu führen. Insbesondere ist ihnen verboten, ausländische Zahlungsmittel öffentlich im Schaufenster auszulegen. Eine eingehende Kritik der Verordnung behalten wir uns bis zum Erscheinen des Wortlauts vor.

In den Grenzorten und sonstigen Knotenpunkten des Verkehrs besteht eine Ausnahmeregelung, als dort auch ausländische Zahlungsmittel an Ausländer abgegeben werden dürfen.

Einnahmen der Deutschen Reichsbahn und der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht nunmehr die Einnahmen der Deutschen Reichsbahn und der Reichspost- und Telegraphenverwaltung im Rechnungsjahr 1922/23. Danach betrugen die Einnahmen des Vorangehenden überschritten, die Eisenbahneinnahmen sind jedoch wesentlich kleiner zurückgeblieben. Die Einnahmen betrugen die Einnahmen in Millionen Mark:

	März 1923	März 1922	1. 4. 1922 bis 31. 3. 1923	1. 4. 21 bis 31. 3. 22	Erst nebst Vorjahr 1922/23
I. Reichsbahn Personen und Gepäckverk.	55 256	1 012	135 836	5 515	120 000
Güterverkehr	1 320	5 524	1 000 395	31 917	2 023 000
Sonstige Einnahmen	71 456	334	117 136	2 684	174 000
Zusammen	84 088	7 096	1 853 199	42 118	2 167 094
II. Reichspost Postgebühren	49 382	1 045	136 293	5 698	95 452
Telegraphengebühren	18 382	242	49 405	1 291	18 926
Fernsprechgebühren	35 010	575	49 798	2 355	39 600
Scheckverk.	6 000	194	16 176	499	3 729
Zusammen	103 416	2 186	255 846	10 267	163 507

Die Einnahmen des Monats März 1923 allein machen bei der Reichsbahn 32 % bei der Reichspost 40 % der gesamten Jahreseinnahmen aus.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reichs. Am 30. April 1923 betrug die schwebende Schuld des Deutschen Reichs **10 291 227,1 Millionen Mark.** Sie setzte sich wie folgt zusammen (in Millionen Mark):

	30. April 1923	31. März 1923	31. Dez. 1922
Disk. Schatzanw.	8 442	103 6 601	142 1 494 945
Weitere Zahlungsverpflicht. aus Schatzanweis. u. Schatzwechseln	—	254 729	278 066 303 698
Sicherheitsleistung mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln	—	1 594 395	1 394 500 294 179
Insgesamt	10 291 227	8 273 703	2 092 822

Unter den Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln in Höhe von 1 594 395 Millionen Mark sind 1 088 Milliarden für Zwecke der Reichsgetreideversorgung.

14 % Anleihe der Stadt Helmstedt. Ein Konsortium hat Anfang Mai 300 Mill. M. 14 % Anleihe der Stadt Helmstedt zu 99 % zum Verkauf auf.

Gründung einer türkisch-deutschen Handelskammer. Wir hatten seinerzeit berichtet, dass Vorbereitungen wegen Errichtung einer türkisch-deutschen Handelskammer unter Beteiligung türkischer und deutscher amtlicher Vertreter stattgefunden haben. Der gewählte Ausschuss hat nunmehr die Gründung einer türkisch-deutschen Handelskammer beschlossen. Die Gründung der Handelskammer ist erfolgt; als Sitz wurde Frankfurt a. M. bestimmt. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dr. K. Kotzenberg gewählt.

Ernte- und Anbauflächenschätzung der Vereinigten Staaten. Washington, 8. 5. (Durch Funkspruch). Seitens des Ackerbauministeriums werden folgende Schätzungen bekanntgegeben: Die Anbaufläche von Winterweizen wird mit 32 250 000 Acres angegeben gegen 36 060 000 Acres, die im Herbst letzten Jahres bestellt wurden und die endgültige Anbaufläche des Vorjahres im Umfange von 42 170 000 Acres. Der Durchschnittsstand von Winterweizen betrug am 1. Mai 80,1 % gegen 75,3 % am 1. April, 83,5 % zur gleichen Zeit des Vorjahres und 88,8 % am 1. Mai 1921. Unter Zugrundelegung des obigen Durchschnittsstandes und eines Ertrages von annähernd 14,5 Bushels per Acre ergibt sich von dem Gesamtertrag von 578 300 000 Bushels gegen 574 285 000 Bushels am 1. Mai letzten Jahres und 568 204 000 Bushels definitives Ernteergebnis im Jahre 1922. Der Durchschnittsstand von Roggen betrug am 1. Mai 83,1 % gegen 81,2 % am 1. April des Jahres, 77,8 % am 1. Mai 1922 und 92,5 % am 1. Mai 1921. Dies würde einen Ertrag von 74 510 000 Bushels ergeben gegen 79 152 000 Bushels am 1. Mai letzten Jahres und 95 497 000 Bushels endgültiges Ergebnis im Jahre 1922. Von Frühjahrsweizen wurden 68,2 % gepflügt gegen 63,5 % zur gleichen Zeit des Vorjahres und 77,8 % am 1. Mai 1921. Von Frühjahrsweizen wurden bestellt 54,4 % gegen 50,6 % am 1. Mai 1922 und 65,5 % am 1. Mai 1921. Durchschnittsstand von Winterweizen in den einzelnen Staaten:

Die Einfuhr englischer Kohle.

Von zuständiger Stelle schreibt man uns: Man begegnet in der Presse zuweilen der Auffassung, dass der englische Kohlenhandel, insbesondere die Einfuhr von englischen Kohlen, sich durch die Ruhrbesetzung in Deutschland beträchtlich habe. Durch diese Monopolbildung sei es wenigen vom Reichskommissar zum Einfuhrhandel zugelassenen Kohlengroßhandelsfirmen möglich, verabredete Verkaufspreise festzusetzen und dadurch die Verbraucher von englischen Kohlen zu benachteiligen. Die betreffenden Pressaussetzungen gehen von der irrtümlichen Voraussetzung aus, dass der Verbrauch der in Holland und Belgien nach jeder berechtigten Kohlenfirmen liefere; dies ist nicht der Fall; die Anzahl der einfuhrberechtigten Kohlenfirmen hat sich vielmehr etwa um 100 vermehrt. Dazu kommt, dass sich, wie meist angenommen wird, die zugelassenen Kohlengroßfirmen durchaus nicht nur in Hamburg und Bremen befinden, sondern sich auf eine beträchtliche Anzahl von größeren und kleineren Küstenplätzen der Nord- und Ostsee sowie auf zahlreiche Städte in Mittel- und Süddeutschland verteilen. Diese Kohlenimporteure verfügen über ausgedehnte Verbindungen und reiche Erfahrungen im englischen Kohlenhandel, und ihre Interessen sind so verschiedener Natur, dass eine etwaige Verabredung über monopolartige Verkaufspreise als ausgeschlossen bezeichnet werden muss.

Die mit der Ausführung der Ruhrbesetzung und der damit verbundenen starken Einfuhr englischer Kohle erhaltenen Eingriffe in den freien Verkehr des Kohlenhandels zur unmittelbaren Einfuhr englischer Kohlen hätte unter anderen Nachteilen zur Folge gehabt, dass am englischen Markt unter Umständen bisher dort unbekannter Käufer aufgetreten wäre; dies hätte zu übertriebenen Vorstellungen über die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenlage geführt, die Folge wäre eine Beunruhigung des englischen Kohlenmarktes und die weitergehende Anziehen der englischen Kohlenpreise gewesen. Um dies zu vermeiden, musste gerade in den ersten Wochen der beginnenden Ruhrbesetzung zurückgehalten und der Einfuhrhandel den erfahrenen Kohlenein fuhrfirmen vorbehalten werden, besonders auch mit Rücksicht darauf, dass zu gleicher Zeit auch aus anderen Ländern grössere Nachfragen an englischen Markt auftraten. Die wirtschaftliche Notlage machte es in diesem Falle notwendig, dass von der allgemeinen, überlieferten Anschauung, dass der freie Wettbewerb die Preise niedrig halte, abgewichen und der unzulässigen Wirkungen der tülherigen Beschränkung des freien Wettbewerbs beschränkt werden musste.

Weitere Erhöhung der Gusseisenpreise. Der Verein Deutscher Eisengiessereien (Gleiwitzer Verband) in Düsseldorf hat die Verkaufspreise vom 8. Mai um 18 % Der gleiche Aufschlag gilt für gusseiserne Druckrohrformstücke, Abflussrohre, Flanschenrohre, Formstücke und Vorwärmerröhren.

Statistische Nachrichten über Oesterreich. Der Mangel an vollständigen statistischen Daten über die nach dem Kriege neugebildeten Staaten, hat das österreichische Bundesamt für Statistik veranlaßt, unter Mitwirkung der großen österreichischen Wirtschaftskorporationen der Industrie, der Banken, des Handels, der Arbeiter und Angestellten eine bedeutend erweiterte Monatsschrift unter dem Titel „Statistische Nachrichten" zu veröffentlichen, in der die wichtigsten Wirtschaftsdaten über Oesterreich enthalten sind. Die erste Nummer, die am 25. April 1923 erschienen ist, enthält u. a. folgendes: Das Wirtschaftsjahr 1922, die Wirtschaftslage Oesterreichs in den ersten vier Monaten des Jahres 1923, die Zahlungsbilanz von New York vom 1. Januar bis 31. März 1923, die österreichische Goldparität seit Juli 1914, Gesamt- und Kleinhandelspreise, Indexziffern für Wien und die großen Städte Oesterreichs, die Löhne im Wiener Industriegebiet, die Wohnungs 1923, österreichische Papiergeldzirkulation, die Wohnungsfürsorge und Wohnungsproduktion im Jahre 1922, der österreichische Außenhandel in den Jahren 1920/22, die Arbeitslosigkeit in Wien, die Arbeiter- und Bruttoverdienste in Wien, die „Statistischen Nachrichten" sind bei der Verwaltung Wien 1, Rochlgasse 4, zu beziehen.

Erwerbsgesellschaften.

Norddeutsche Hütte, Bremen-Osterhaltenen. Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr 1922 einschl. Vortrag aus Gewinn und Verlust-Konto 15 267 921 (1 000 000) M. Hieraus sollen 50 (10) % Dividende verteilt werden. Das abgelaufene Geschäftsjahr ist in allgemeinen günstig für die Werk verlaufen. Zurzeit ist das Werk noch auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Nach der Bilanz betrugen Wertpapiere 324 074 846 (12 497 718) M., Bankschulden 494 920 547 (9 461 926) M.

Aus dem Kellner Konzern. Als Verwaltungsrat wurde der Fabrikgeschäftsführer der Lippischen Werke A.-G. (Lastwagen, Anhänger, Motorräder) wurden in Berlin die „Lippische Fahrzeugfabrik" gegründet unter Mitwirkung der Karl A. Klein A.-G. in Köln unter gleicher Firma eine Kommanditgesellschaft mit Beteiligung der Paul Kellner Automobile A.-G. gegründet. Das Aktienkapital der Gesellschaften beträgt je 3 Mill. M. Den Vorsitz im Aufsichtsrat der Gesellschaften hat Geheimrat Kellner übernommen. — Um die Versorgung seiner Fabrikanlagen mit Strom aus eigener zu sichern, hat der Konzern Interesse an der Eisenwerk Schildesche A.-G. („Essag") genommen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde gleichfalls Geheimrat Kellner gewählt.

Aus dem Konzern der Elektra A.-G., Dresden. Die Elektra A.-G. hat sich an den Elektra A.-G. in Zwickau, deren Aktien auch an der Berliner Börse eingeführt werden, mit Vorgriff auf das laufende Geschäftsjahr 25 % (v. V. 10 %) Dividende in Vorschlag und beantragt weiter, Kapital und Rücklagen um 20 Millionen auf 40 Millionen zu erhöhen. Die Elektra A.-G. in Dresden 80 Mill. M. Aktien übernehmen soll zu einem Kurs von 1500 %, während die übrigen Aktien zu dem gleichen Kurse im Verhältnis von 2:1 angeboten werden sollen.

Zusammenschluss in der Textilindustrie. Die Kammgarnspinnereigesellschaft seit Jahresfrist verbundenen Aktiengesellschaften K. u. E. Schwabe A.-G. und Wolff u. Glasefeld A.-G. haben beschlossen, sich zu fusionieren und in einer demnächst einberufenen Generalversammlung der Firma Wolff u. Glasefeld A.-G. die Aenderung der Firma in Herma-Concern A.-G. vorzunehmen. Das Kapital der K. u. E. Buchwald, ferner die Erhöhung des Aktienkapitals von 8½ Mill. M. durch Ausgabe von 11½ Mill. M. Aktien, die Wolff u. Glasefeld A.-G. 10 Stimmrecht auf insgesamt 21 Mill. M. zu beantragen. Während die Wolff u. Glasefeld A.-G. Verwendung für die Erweiterung verfolgen, finden 8½ Mill. M. Stammaktien der Wolff u. Glasefeld A.-G. Verwendung für die Interessen der K. u. E. Buchwald A.-G.; die restlichen 3 Mill. M. werden von einem Konsortium unter Führung der Commerz- und Privatbank A.-G. übernommen. Die Herma-Concern A.-G. wird neben der Wäsche, Spinnerei, Garnatten- und Wirkwarenfabrikation durch Anhäufung anderer Firmen der Herstellung von Bekleidungsartikeln, Bettwäsche usw. weiter erweitern. — In der Generalversammlung der K. u. E. Buchwald A.-G. wurde die Bilanz, die nach reichlichen Abschreibungen einen Reingewinn von 63,2 Millionen Mark abschliesst, genehmigt. Nach Zahlung der Vorzugsdividende von 8 % wird auf den Aktienkapital eine Dividende von 40,0 Goldmark, umgerechnet zum Kurse 1 Goldmark = 500 Papiermark, verteilt. Die Generalversammlung genehmigte ferner einen zwischen den beiden Gesellschaften geschlossenen Vertrag, der eine Interessengemeinschaftsfahrt zu einer Fusion der K. u. E. Buchwald A.-G. mit der Firma Wolff u. Glasefeld A.-G. führen dürfte.

Berliner Holz-Kontor A.-G. In der Generalversammlung lagte ein Aktionär an, nach neuerlichen Erhebungen die mit 754 104 456 M. (37 895 702 M.) ausgewiesenen Bestände an Forsten und Waren aufgenommen sind und ob die Verhältnisse, die dem gegenwärtigen Kapitalen Gesellschaftsfahrt zu einer Fusion der K. u. E. Buchwald A.-G. mit der Firma Wolff u. Glasefeld A.-G. führen dürfte.

Berliner Holz-Kontor A.-G. In der Generalversammlung lagte ein Aktionär an, nach neuerlichen Erhebungen die mit 754 104 456 M. (37 895 702 M.) ausgewiesenen Bestände an Forsten und Waren aufgenommen sind und ob die Verhältnisse, die dem gegenwärtigen Kapitalen Gesellschaftsfahrt zu einer Fusion der K. u. E. Buchwald A.-G. mit der Firma Wolff u. Glasefeld A.-G. führen dürfte.

Max Hahn, Chemische Fabrik, Berlin. Die Generalversammlung beschloss Dividende von 50 % und genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals von 20 auf 100 Mill. M. Von den neuen Aktien gehen 10 Mill. M. zu 110 % den Aktionären von der Bankfirma Louis Michels auf zwei alte eine junge angeboten, 8 Mill. M. im Interesse der Gesellschaft verwertet, und 62 Mill. M. Aktien zu erneuen Konzern der chemischen Industrie überlassen worden, wenn in der Gesellschaft bedeutende Verhandlungen mit dem Konzern zu einem Resultat führen.

Chemische Fabrik v. Heyden A.-G., Radebeul-Dresden. In 1922 erhöhte sich der Betriebsgewinn von 57,59 auf 869,96 Millionen Mark. Nach Abzug der Unkosten von 519,1 (25,72) Mill. M. und der Abschreibungen von 9,47 (7,77) Mill. M. werden aus einem Reingewinn von 298 735 47 (12 455) M. 200 (50) % Dividende auf die Stammaktien und 5½ % (7 %) auf die Vorzugsaktien verteilt. Der Bilanz erscheinen Waren mit 1311,56 (38,89) Millionen Mark, Aussenstände mit 1973,66 (67,75) Millionen Mark und Verpflichtungen mit 26 177,34 (39,17) Mill. M. Der Geschäftsbericht erwähnt, dass die ersten Monate des laufenden Jahres sich günstig anzulassen hätten; allerdings liessen sich die Aussichten noch nicht übersehen.

Vereinigte Deutsche Oelfabriken, Mannheim. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest. Sie erklärte sich mit einer möglicherweise eintretenden Unterversicherung einverstanden, die Verwaltung zu ermächtigen und erteilte der Verwaltung für den Fall eines etwa hieraus entstehenden Schadens im voraus Entlastung. Während der ersten drei Monate des laufenden Jahres sei die Gesellschaft in ihren Fabriken noch regelmässig beschäftigt gewesen. Im Mai erfolgte die Berufung des Mannheimer Fabrikbesitzers, wodurch die Mannheimer Fabrik vollständig zum Stillstand gekommen ist. Die Gesellschaft hat nunmehr einen Teil der Kundschaft durch befreundete Oelfabriken bedienen. Bei der unsicheren Lage der gegenwärtigen Verkäufe kann keine Aussage über den weiteren Verlauf der Geschäfte heute noch nichts gesagt werden.

Aus den Geschäftsberichten.

A.-G. für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen, Berlin. Aus 22,5 (9,66) Mill. M. Reingewinn 100 (12) % Dividende. Bilanz: Gaswerke, Elektrizitätswerke, Wasserwerk und Installationsgeschäft 266,1 (17,2) Mill. M. Beteiligungen 60 Mill. M. Kassa 15 (867 M.), Debitoren 34,4 (1,9) Mill. M., Kreditoren 133,3 (3,1) Mill. M. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutet einen großen Schritt vorwärts in unseren Verhältnissen. Die Wasser-, Strom- usw. Preise bleiben hinter den Kohlenpreisen schon noch zurück. Der trotzdem günstige Abschluss ist auf den lohnenden Verkauf der Nebenprodukte der Gaswerke zurückgeführt. Die Kohlenpreise scheinen noch weiter vorangehen zu müssen.

Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Canalisation und Chemische Industrie, Friedrichsfeld (Baden). Reingewinn 25,81 (1,31) Mill. M., Dividende 300 (30) % je Aktie. Bilanz: 300,29 (4,79) Mill. M. Kassa 0,01 (0,01) Mill. M. Vorräte, 286,66 (3,68) Mill. M. Kreditoren, 16,14 (—) Mill. M. Akzepte, 0,26 (0,26) Mill. M. Bürgschaften. Der Hauptzweck der Gesellschaft ist, die Fabrikation voll ausnutzen zu können.

Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen. Aus 19,1 (1,V. 3,1) Mill. M. Reingewinn 50 (10) % Dividende. Bilanz: Schulden und Bankguthaben 1604,1 (8,2) Mill. M. Glaubiger und Bankschulden 187,1 (35,5) Mill. M. Die Anlagen haben verschiedene Erweiterungen erfahren.

Siemens-Schuckert-Werke und Gas A.-G., Breslau. Abschreibungen 50,88 (3,78) Mill. M., Reingewinn 63,01 (62 5 10 500) Mark, Dividende 50 (15) %. Bilanz: Schuldner 1533,24 (32,42) Mill. M., Kreditoren 1279,74 (39,52) Mill. M.

Saline und Solbad Salzungen, Brutto-ertrag 9,16 (0,6) Mill. M. Reingewinn 3,47 (0,04) Mill. M. Abschreibungen 1,49 (0,1) Mill. M., Reingewinn 4,2 (0,17) Mill. M., Dividende 40 (6) %. Bilanz: Schuldner 6,1 (0,2) Mill. M., Kreditoren 1,6 (0,37) Mill. M.

A.-G. für elektrotechnische Unternehmungen in Berlin und in München. Aus 1,1 (1. V. 0,65) Mill. M. Reingewinn 12 (4) % Dividende, Bilanz: Schuldner 1,1 (0,06) Mill. M., Kreditoren 1,1 (0,06) Mill. M. und Verbindlichkeiten 24,6 (3,7) Mill. M.

Dividendenvorschläge.

Julius Pintsch A.-G. aus 102 600 849 (6 118 846) M. eine Goldmark pro Aktie (Dividende 2 000 000 Papiermark pro 1 Goldmark) (30 % l. V.).

Schriftgiesserei D. Stempel A.-G., Frankfurt. 300 % (35 %) = 3000 Papiermark pro Aktie.

Eisenwerk Kraft (Niederrheinische Dividende und 300 M. Bonus auf 22½ Mill. M.), hätte: 45 % auf 6½ Mill. M. Kapital (20 %).

Kapitalserhöhungen.

Bigger u. Antlitzer Muschelkalkwerke A.-G., Düsseldorf, um bis 50 Mill. M. Stammaktien auf 11 Millionen Mark.

Papierholz A.-G., Berlin, um bis 140 Mill. M. Stammaktien.

Berliner Dampfmühlen A.-G. um 15 auf 20 Mill. M. Stammaktien.

Phönix A.-G. für Bergwerks- und Schiffahrts A.-G., Hamburg, um 41 Mill. M. Stammaktien 1 Mill. M. Vorzugsaktien.

Holz- u. Metallwerke, München um bis 450 Mill. M. Stammaktien; angeborene Verhältnis 1:1. Firma wird in Schleissheim A.-G. umgewandelt.

Pfälzische Holzverwertungs-A.-G., Kaiserslautern, um 16 auf 20 Mill. M.

Valutamarkt.

Devisen im Abendverkehr. Im Nachmittagsverkehr hinwegsetzte sich die Devisenkurse auf der Höhe der amtlichen Notierungen. Gegen Abend setzte sich eine etwas festere Tendenz durch. Um 17 Uhr sprach man Kabel **New York** 28 550, Auszahlung London 176 500, Paris 2350, Amsterdam 15 000, Schweiz 6000.

Amtliche Banknotenkurse. Berlin, 9. Mai.

	B. S.	G. S.		B. S.	G. S.
Amsterdam.	3775,30	3724,35	Norwegen-Kr.	6174,05	6205,50
kl.	3775,30	3724,35	Schweden-Kr.	6792,95	6827,05
Belgien	2141,60	2152,40	neue 100		
Bulgarien	3000,—	3015,—	Schweiz-Fr.	1735,35	1744,05
Dänemark	6677,55	7014,05	kl.	1675,35	1683,45
England	17 864,25	17 953,75	Tschechoslow.	1994,75	1004,75
kl.	17 864,25	17 953,75	Spanien	4792,95	4827,05
Finnland	1 000,—	1 005,—	Portugal	4175,35	4196,35
Frankreich	2493,75	2506,25	Tschechoslow.	1113,15	117,85
kl.	2493,75	2506,25	kl.	1117,25	1122,85
Italienische	1825,40	1829,60	Ungarn		
Holland	7507,55	7492,55			

Danzig:	B. S.	G. S.		B. S.	G. S.
New York, kurz	37535,93	37715,07	Schweiz	27166,87	27243,13
Warschau	75,32	75,68	Prag	79,33	79,67
Auszahlung	79,60	79,80	Wien	79,30	79,70
Posen	79,60	79,80	Budapest	70,70	70,80
London	172 674,37	173 432,56	Italien	1 142,05	1 115,00
Amsterdam			Schweden	1 633,05	1 646,95
Paris	2475,80	2486,20		2442,87	2456,33

Wien, 9. Mai. (Unamtlich)

	B. S.	G. S.		B. S.	G. S.
Amsterdam	27750,00	27790,00	Italien	9,45	9,55
Berlin	1,67	1,90	Mark	1,77	1,90
Kopenhagen	13 890,00	14 010,00	Budapest	1 192,00	1 197,50
London	32 700,00	32 820,00	Jugoslawien	128,00	129,00
Paris	4674,00	4724,00	Tschechoslow.	2 066,00	2 080,00
Zürich	12 770,00	12 825,00	Polen	128,00	129,00
Amsterdam	5,5.	7,5.	Bukarest	3 070,00	3 090,00
London	11,61	11,66	Ungarische	1 140,00	1 115,00
Berlin	0,0672	0,0678	Schweiz	1 020,00	1 025,00
Paris	16,95	16,85			
Italien	0,06	0,05			
Wien	0,0036	0,0036	Christiania	43,40	43,50
Kopenhagen	4,85	4,90	Stockholm	2,56	2,58
Stockholm	6,10	6,10	Helsingfors	14,50	14,65
Prag	3,05	3,07	Madrid	32,57	36,05
Amsterdam	1305,00	1319,50	Zürich	12,30	12,45
Berlin	0,0078	0,0080	Paris	1 571,75	1 571,75
Zürich	5,90	5,95	Helsingfors	6,95—7,01	7,20—7,15
Paris	36,70	36,75			
Italien	0,0135	0,0140			
Brüssel	31,70	31,65			

Zürich:	B. S.	G. S.		B. S.	G. S.
Berlin	0,0146	0,0153	Kopenhagen	103,50	103,25
Wien	0,0003	0,0004	Stockholm	54,75	54,25
Prag	0,66	0,69	Christiania	93,35	94,25
Budapest	0,0003	0,0004	Madrid	34,35	34,85
New York	5,95	5,95	Buenos Aires	200,50	200,50
London	25,45	25,55	Budapest	0,04	0,05
Paris	36,70	36,75	Agram	—	—
Italien	29,50	29,75	Belgrad	0,95	0,95
Brüssel	31,70	31,65	Warschau	0,0118	0,0117

Paris:	B. S.	G. S.		B. S.	G. S.
Berlin	0,0045	0,0041	Amsterdam	939,50	942,50
Bukarest	7,10	7,50	Rom	73,05	73,25
Wien	44,91	44,99	Wien	272,75	272,25
Wien	27,50		Madrid	231,00	229,75
Prag	15,05	15,075	Kopenhagen	493,50	491,25
Brüssel	86,45	86,45	Warschau	2,75	2,85
London	69,68	69,68			

London:	B. S.	G. S.		B. S.	G. S.
Berlin	11,65	11,67	Madrid	35,75	35,85
Brüssel	80,05	81,20	Holland	39,95	39,95
Paris	25,60	25,62	Kopenhagen	47,50	47,50
Amsterdam	11,91	11,95	Wien	225,000	225,000
New York	4,60,87	4,60,87	Bukarest	575,00	575,00

Warenmärkte.

Berliner Grosshandelspreise, 9. Mai.

Landesverband Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes der Deutschen Handelsvertretungen.

kg, Berlin	Mark	kg, Berlin	Mark
Gerstengraupen	1200,00—1300,00	Hanöfer, nüchr	3100,00—11543,00
Hafergrütze	1200,00—1400,00	Kümmel	11921,10—14424*
Hafermehl	1275,00—1450,00	Mittelfrucht	1534,00—6223,00
Hafermehl	1350,00—1450,00	Weiß, Pfeffer	8194,00—8354,00*
Kaffeemehl	1350,00—1450,00	Weiß, Pfeffer	12625,00—13150,00
Weizenmehl	1350,00—1450,00	Zimt, ganz	11400,00—12000,00
Weizenmehl	1350,00—1450,00	Kokosfaser	14000,00—18500,00
Kartoffelmehl	1700,00—1800,00	Kartoffelmehl	
Kartoffelmehl	780,00—870,00	20 % Kalk	3100,00—3200,00
Reis, Bruch		Kartoffelmehl	800,00—1000,00
Makkaroni	2300,00—3000,00	Rosigerstz	900,00—1000,00
Makkaroni	2000,00—2400,00	Rosigerstz	900,00—1000,00
Buchweizengrütze	1300,00—1400,00	Weizenmehl	1200,00—1500,00
Buchweizengrütze	1300,00—1400,00	Weizenmehl	1175,00—1400,00
Grütze, Bruch	1300,00—1400,00	Weizengrütz	1435,00—1575,00
Grütze, Bruch	1300,00—1400,00	Linsen	2000,00—2600,00
Kartoffelmehl	1300,00—1400,00	Pfirsiche	6150,00—6175,00
Kartoffelmehl	1300,00—1400,00	Pfirsiche	6150,00—6175,00
Kartoffelmehl	1300,00—1400,00

Deutsche Allgemeine Zeitung

Beiblatt
Morgen-Ausgabe.

Ruhrbilanz zum 11. Mai.

Von
Dr. Hannes Pyszka.

Im Ruhrgebiet, 7. Mai.

An der Ruhr, am Rhein, an der Saar und an der Memel kämpft das deutsche Volk seit vier Monaten in einem neuen und neuartigen Krieg mit waffenfester Gegenwehr und passivem Widerstand seinen Kampf um den Rest seiner politischen und wirtschaftlichen Daseinsmöglichkeit. Seit vier Monaten wogt diese stille Schlacht hin und her, und immer noch verbreitet sich die Opfer dieses neuen Krieges: viele Tausende Deutsche sind von Haus und Hof vertrieben, Hunderte liegen in Gefängnissen, welche die grande nation sehr schnell auf ihr kulturelles Niveau heruntergedrücken verstand, über ein halbes Hundert Deutsche sind durch französisch-belgische Waffen gestoßen und weit mehr verletzt, geschunden und mißhandelt worden. Dies gab dem Kampf seine gewaltige Verschärfung; er hat sich langsam entwickelt von den zuerst milderen französischen Angriffen gegen Leib und Seele, Hab und Gut, Staatsordnung und Wirtschaftsleben bis zu den Versuchen, mit roherer Gewalt ein Volk in die Verzweiflung und in den Abgrund zu jagen. Der Kampf wurde um so verbissener, je rückiger der Widerstand mit dieser Angriffsweise wurde.

Mit der Verlängerung des Ruhrkrieges werden auch die Zahlengrößen der Ruhrbilanz in Soll und Haben immer umfangreicher, und mit der größeren Verbitterung stieg auch der Wert des Kampfobjekts für beide Parteien. Das Kampfobjekt ist aber immer noch weit mehr Kampfobjekt als Verhandlungsobjekt, solange in Herrn Poincarés Stellung zur Ruhrfrage kein Unterschied zwischen Kampfmittel und Verhandlungsobjekt zu erkennen ist. Eine gerechte Aufstellung der politischen und wirtschaftlichen Bilanz des Ruhrkrieges fällt nicht zu Frankreichs Gunsten aus. Dies bestätigt nichts besser, als die Argumente der französischen Regierung, welche sie auf das deutsche Angebot erteilt hat. Poincaré hat nichts hinzugelernt und nichts vergessen. Das unerfüllbare Verfailler Diktat, der Londoner Zahlungsplan, die Sachlieferungen werden aufrechterhalten, obwohl sich gerade aus den Forderungen dieser Forderungen der Ruhrkrieg und aus der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung die Grundlage des passiven Widerstandes entwickelt haben und obwohl sich in den vier Jahren vor dem Einbruch ins Ruhrgebiet und besonders in den ersten vier Monaten des Ruhrkrieges die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Zahlungsfähigkeit ganz erheblich verändert haben. Es zeigt sich immer mehr in Frankreich, daß man dort nicht zuerst bei sich selbst Ordnung geschaffen und daß man die Erledigung des Vorkriegsjahres auf die lange Bank geschoben hat. Frankreich will hundert Milliarden Franken für das „Konto Deutschland" vorgeschrieben haben, und die gleiche Attitüde gibt Herr Poincaré zu, daß zur Wiederaufbau Nordfrankreichs nichts von Belang geschehen ist. Man kann aber nicht wirtschaftspolitik treiben, die von den eigenen Bürgern immer zuerst Opfer erfordert und dabei das eigene Haus in Unordnung lassen. Diese Ordnung kann auch nicht dadurch erzwungen werden, daß man ein anderes Wirtschaftsland zerrüttet. Man kann anderen nicht auf die Dauer eine wirtschaftliche Belastung verlangen, an deren Auslösung man selbst nicht imstande ist. Durch die Zerstörung des Ruhrgebietes wird Frankreich nicht aufgeholfen; vielmehr leidet es schon nach vier Monaten Ruhrbesetzung im gleichen Ausmaß, wie sich die Einbruchsarmee an der Ruhr in Zerstörungen betätigt. Der Vorschlag, in Frankreich Kokereien zu bilden bei einer gänzlich ungenügenden Kokszufuhr deutet darauf hin, daß Frankreich selbst auf die Dauer nicht an die Verwehrung, sondern an eine Verringerung der Zufuhr glaubt. Dabei hat es in der Zeit vom 11. Januar bis zum 30. April auf dem Landweg 100 000 Tonnen Kohle und 147 500 Tonnen Koks und bis 16. April auf dem Wasserweg 228 200 Tonnen Kohlen und Koks erhalten, vor dem Einfall in die Ruhr aber täglich rund 60 000 Tonnen, und der Kampf an der Ruhr dauert schon 120 Tage. Man brauchte wirklich nicht wegen 200 000 Tonnen Fehlmenge in den Reparationslieferungen in das Ruhrgebiet einzubrechen, um hernach anstatt dieses kleinen Defizits einen Milliardenverlust zu haben.

Aehnliche Ergebnisse wie bei der Kohlenbilanz ergeben sich bei den Holzlieferungen, beim Verkehr, bei Eisen, bei Zöllen, Steuern usw. Ueberall große Pläne, deren Durchführung sowohl am deutschen Widerstand wie an der eigenen Unfähigkeit scheiterte. Die Rückwirkungen auf Frankreich mußte dort naturgemäß die Bedeutung hervorrufen, daß die Opfer, welche an Stelle der erhofften Gewinne entstanden waren, des politischen Zieles wert seien. Aber Politik und Wirtschaft lassen sich im Ruhrkrieg nicht mehr trennen, und an der Ruhr und am Rhein lösen die wirtschaftlichen Angriffe Poincarés auch den politischen Abwehrwillen des deutschen Volkes aus, im vierten Monat des Ruhrkrieges unter starker Unterstützung Englands. Die Rheinlande leiden schwer unter der Verkehrslosigkeit, da viele der militärischen Bahnstrecken die einzigen Verkehrsmöglichkeiten bilden, für welche kein Ersatz durch Straßenbahnen vorhanden ist. Die Maßnahmenweisungen treffen besonders die rheinische Bevölkerung, und die schärfere organisatorische Durchführung der Besatzungsverordnungen, welche durch die von der Rheinlandkommission geschaffenen Verwaltungsorgane erleichtert wird, verstärkt den auf dem Rheinland seit vier Jahren lastenden Druck. Sie ruft aber auch den verschärften Gegendruck hervor und macht Frankreichs Rheinpläne immer illusorischer.

Auf dem von Herrn Poincaré begangenen Weg kommen Politik und Wirtschaft in Frankreich niemals zum Ziel. Der Weg, der aus dem Ruhrabenteuer herausführt, muß die gesamte wirtschaftliche Ruhrbilanz berücksichtigen und kann nicht einseitig vom Siegeswillen eines in der Partei stehenden französischen Katastrophenpolitikers diktiert werden. Auf deutscher Seite liegen natürlich schwere Schädigungen des Wirtschaftslebens vor. Die Drosselung und Einstellung der Kohlengewinnung, die Abwälzung der Eisen- und Stahlausfuhr, die Schädigung des Verkehrswesens, die Verringerung der Einnahmen und die Vermehrung der Ausgaben im Staatshaushalt müssen genau berücksichtigt werden, wenn es sich um einen ehrlichen und gerechten Abschluß des Kampfes um die Ruhr handeln wird. Auf der andern Seite der deutschen Bilanz steht die Einsparung an den Reparationszahlungen und die Umorganisation der Wirtschaft, die überall dort vorgenommen wurde, wo es der französisch-belgische Eingriff erforderte und ermöglichte.

Auch auf der moralischen Seite hat Frankreich im vierten Monat des Ruhrkriegs keine Lorbeeren geerntet. Durch die weitere Ausdehnung des Verfalls bei Krupp, die Verhaftung der Direktoren und die Belohnung des Offiziers, dessen Nervosität so groß gewesen zu sein scheint wie die Zahl seiner unbewußteren „Gegner", hat Frankreich weiter an moralischem Boden verloren, und die trotz aller Phrasen brüske Ablehnung des deutschen Angebots hat in Deutschland seine Ueberraschung hervorgerufen. Poincaré möchte, daß Deutschland noch einmal eine große Dummheit wiederholt. Es soll mit der Entfesselung eines passiven Widerstandes wieder einmal seine letzte Waffe aus der Hand geben. Diese französische Hoffnung wird aber so sicher zuschanden werden, wie die Ruhrbilanz der vier Monate für Frankreich ein klägliches Fiasko zeigt.

Unerhörte Provokation durch einen französischen Offizier.

th. Gelsenkirchen, 8. 5. (Eigenbericht) Vor dem Kriegsgericht kam es heute nachmittag zu einem Zwischenfall. Unter den dichtgedrängten Strafenpassanten, die Extrablätter über den Ausgang des Krupp-Prozesses erwarteten, erschien plötzlich ein französischer Offizier. Als dieser ein Arbeiter mit dem Arm im Gedränge streifte, drehte der Offizier sich um und schlug den Arbeiter mit seiner Reitpeitsche über den Kopf. Der Menge bemächtigte sich eine furchtbare Erregung, der der Offizier nur dadurch entgehen konnte, daß er in das nächstgelegene Kaffee flüchtete. Der Kaffeehausbesitzer rief sofort die Feuerwehr herbei, die den Offizier auf ihrem Leiterwagen an die Stadtgrenze beförderte.

Ausfahrt französischer Sozialisten.

Paris, 8. 5. (B. T. B.) Die sozialistische Kammergruppe hat eine Kommission von fünf Abgeordneten beauftragt, eine Enquete im Ruhrgebiet vorzunehmen. Die Kammergruppe hat beschlossen, die Beantwortung ihrer Interpellation nicht zu drängen, bevor die im Gang befindlichen Verhandlungen zwischen den sozialistischen Vertretern der verbündeten Länder und Deutschland endgültige Resultate gezeitigt haben.

Die sibirische Sowjetarmee.

Die Sowjetregierung hat in Sibirien das V. Sowjet-Armeekorps mit dem Sitz des Stabes in Chita, der Hauptstadt des früheren Republik des Fernen Ostens, stehen. Es ist das gleiche Korps, das die Kolchak-Armee des Admirals Kolschak nach seinem erfolgreichen Vorstoß lange der sibirischen Grenze über den Ural bis in die Wolganiederung im Winter 1919 hinter den Baikalsee zurückgeworfen hat. Der augenblickliche Führer des Korps ist der erst 27 Jahre alte Uborewitsch, dessen letzte Tat die am 26. Oktober 1922 erfolgte Besetzung von Wladiwostok mit einem Teil seiner Truppen nach dem Abzug der Japaner war. Uborewitsch ist der Sohn eines litauischen Bauern. In der zaristischen Armee diente er bei Kriegsende als Fähnrich bei der Feldartillerie und trat bei Ausbruch der Oktoberrevolution in die kommunistische Partei ein. Sehr bald erhielt er das Kommando über ein rotes gemischtes Detachement, das gegen die deutschen Truppen Zarkoje Selo, Petersburg, Wiaznaß und Jamburg im Jahre 1920 gegen die Polen. Schließlich übernahm er das Kommando über das V. Sowjet-Armeekorps, das er von Tschelabinsk am Südrand des Ural bis nach Wladiwostok führte. Außer den verschiedenen Orden vom Roten Banner wurde ihm vom Zentral-Militär-Exekutiv-Komitee der goldenen Waffe verliehen. Außerdem wurde er wegen seiner strategischen Verdienste in den Moskauer Generalstab aufgenommen.

Ueber die Stärke der sibirischen roten Truppen sind genauere Angaben nicht vorhanden. Im Februar d. J. stand diese bei öfteren durch weitere rote Abteilungen aus Europäisch-Rußland verstärkt worden, so bei dem Angriff gegen Baron Ungern-Sternberg im Sommer 1921 und bei der Offensive im Amurgebiet gegen die Truppen der Merkulow-Regierung aus Wladiwostok im Winter 1922. Es ist nur bekannt, daß in der Hauptstadt der Aeußeren Mongolei, Urga, etwa 2000 Mann stehen, während an der Grenze der Nordmandschurei 3000 Mann bei Wandschuria und 2000 Mann bei Pogranichnaja bei westlichen und östlichen Endpunkt der Ostchinesischen Eisenbahn unter Auge haben. Im übrigen dürfte die Truppen auf die Garnisonstädte Sibiriens und der zaristischen Zeit verteilt sein. Das bedeutet bei der für das weite Gebiet nicht erheblichen Truppenstärke eines Armeekorps eine bedeutende Zersplitterung. Da außerdem Sowjetrußland die Benutzung der Ostchinesischen Eisenbahn noch entzogen ist, kommt für die Verbindung noch den östlichsten Küstengebieten nur die im großen Bogen dem Lauf des Amur folgende Amurbahn in Frage, die sich seit kurzer Zeit wieder in Betrieb befindet, sowie die von dieser Stadt in südlicher Richtung führende Ussuribahn mit dem Endpunkt in Wladiwostok.

Am 22. Februar d. J. wurde beim Stabe des V. Korps in Tschita der fünfte Jahrestag der Begründung der Roten Armee festlich begangen. „Komarm" — Abkürzung für Armeekommandant — Uborewitsch und andere feierten in Ansprachen die Leistungen des Korps. Zum Schluß wurden mehrere Resolutionen verlesen und angenommen.

Anderen Tags fand eine Parade der in Tschita garnisonierenden Truppen und die Verteidigung des Rekrutenjahrgangs 1901 statt. Hierauf schloß sich bei strengster sibirischer Kälte der Vorbeimarsch der Truppen in unveränderter Stärke von 3500 Mann. Infanterieabteilungen, die Militärschule, leichte und schwere Artillerie, Kavallerie auf den kleinen sibirischen Pferden, Panzerautomobile sowie eine Fliegerabteilung und Militärabteilungen zu Pferde und Fuß zogen vorbei. Die sich bei jeder Truppengattung wiederholende Begrüßung durch Uborewitsch wurde durch die roten Fahnen mit „Hurra" beantwortet. Mit Ausnahme der Neuerungen in der Uniformierung, wobei besonders der von der Sowjetregierung eingeführte und dem Vorbild der Garagen aus dem 9. Jahrhundert entnommene Stoffhelm auffallend wirkt, fiel kein großer Unterschied gegen frühere Paraden unter der zaristischen Regierung bemerkbar gewesen sein. O. M.

Albanien, Roms künftige Kornkammer.

Die albanische Regierung hat Italien bedeutende Landkonzessionen am Skumbiflusse gemacht. Dort will man Weizen bauen und hofft, sich von der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und Kanada freizumachen. „Edmond sich Mussolini persönlich für dieses Projekt interessiert, so sind doch die technischen Schwierigkeiten erheblich, und manches Jahr wird darüber hingehen, ehe das Projekt Frucht trägt." Dieses einschränkenden Zusatz finden wir am Schluß der so optimistisch klingenden Meldung. Der Plan ist ebenso schön wie praktisch unbarmherzig. Zwar gibt es den Skumbi und sicher auch es an seinen Ufern ein reiches fruchtbares Land, aber seine Bebauung im großen Stile, so daß es die Kornkammer Roms werden könnte, ist in absehbarer Zeit unmöglich. Es genügt nämlich durchaus nicht, daß die Erlaubnis der albanischen Regierung zu haben, es genügt sicher nicht, die dadurch erworbenen Rechte mit Maschinengewehren zu verteidigen, obgleich selbst das den Italienern in Albanien in noch gar nicht ferner Zeit recht sauer geworden ist, es muß auch der Kampf mit der Natur aufgenommen werden. Die aber hat es im Balkan in sich. Nicht nur die Menschen sind von einer liebenswerten Unbändigkeit, auch die Flüsse gleichen ihnen oder umgekehrt. Dieser Skumbi, von dessen Ufern man sich reiche Zonen verspricht, ist jederzeit bereit, zu zerstören, was er soll. Man muß ihn gesehen haben, um ihn hochzuachten. Sein Oberlauf ist das Unerhörteste an Naturschönheit, das sich denken läßt. In einer viele hundert Meter tiefen Schlucht braust er dahin, unzugänglich selbst den Fliegenhirten, tritt dann unweit der Stadt Elbassan aus dem Hochgebirge heraus, das hier Formen zeigt, die die Phantasie eines Poussin oder Claude Lorrain weit in den Schatten stellen, und strömt dann noch einige siebzig Kilometer weit zum Meere. Von hier an kann man theoretisch mit einer Bebauerbarkeit des Landes rechnen. Aber welche Vorarbeiten sind dazu nötig! Denn der Skumbi, der heut einem kleinen Gebirgsbach gleicht, ist morgen ein Strom von der Breite des Rheins. Dann schäumt er über die Ufer, die er sich in tausend Jahren selbst gegraben hat, und wälzt eine Geröllmasse an Geröll mit sich, das die Felder zuschüttet und vernichtet, ohne Rücksicht darauf, ob die Albanieren gehören oder Zapfenieren mit Maschinengewehren. Dieser Wasserreichtum, der die einzige Möglichkeit bietet, das Land zu bebauen, ist zugleich wieder sein Verderben. Er müßte vor allem gebändigt werden. Dazu aber muß man in die Berge steigen. Denn da findet man die Ursachen der häufigen Ueberschwemmungen, Ursachen, die sich wohl von heut auf morgen beseitigen lassen. Die Berge sind hier, wie überall am Mittelmeer, entwaldet. Die Türken haben einen entsetzlichen Raubbau getrieben, wie immer sie hinkamen. Der hat das Hochwasser einmal fort, so lieh das Weidevieh nichts mehr hochkommen. Das ist die gleiche Erscheinung in Tunis, in Algier, wo schon Napoleon III. deutsche Forstleute zur Aufforstung herzuholen hinverlief, das ist auch in der italienischen Kolonie Tripolis der Fall, aus dem Italien sich auch eine Kornkammer machen wollte, weil es einst die Versorgerin des alten Rom war. Der fehlende Baumwuchs läßt das reichlich fallende Wasser ungehemmt zu Tal strömen, es sammelt sich dort zu Bächen und Flüssen, die in wenigen Stunden zu Meeren werden und eine edle Saat ungestüm zur See führen, unterwegs vernichtend, was sich ihm in den Weg stellt. Will Italien die Flußverbauungen Albaniens kultivieren, so müssen erst die Gebirge aufgeforstet werden, dann müssen riesige Staubecken errichtet, die das Wasser gleichmäßig über das ganze Jahr verteilen, und schließlich müssen die Flüsse regulliert werden. Aber damit ist noch nicht alles getan. Denn in den Niederungen fehlt ist die Arbeit unmöglich. Da herrschen die Malaria und noch verschiedene andere spezifisch balkanische Fieber, von denen das eine, Papatasifieber, selbst den Balkanfliegern noch in schmerzlicher Erinnerung sein wird. Ob es gelingen wird, die albanischen Ebenen zu entseuchen, ist fraglich. Die pontinischen Sümpfe im eigenen Lande hat Italien auch noch nicht bezwungen.

Am Anfang aller solchen Arbeit steht aber der Wegebau. Bis heut ist Albanien ohne Wege. Elbassan z. B. das schon erwähnte, eine der größten, übrigens vor kurzem von einem Erdbeben schwer heimgesuchten Städte, ist mit der nächst großen Stadt, Berat, nur durch einen Saumpfad verbunden, den es sich lohnt zu schildern. Eine hochgeschwungene Brücke führt über den Skumbi, kaum breit genug, daß zwei beladene Lastiere aneinander vorbeikommen. Dann geht es auf schwankenden Wegen, denen man den Moorgrund anmerkt, durch üppige Gärten nach Süden. Bald kommt man an einen neuen Wasserlauf, den Semeni. Hier war einmal eine Brücke, vermutlich vor 500 Jahren, heute muß man ihn durchqueren, erst über ein Kilometerbreites Steinfeld, dann durch den knietiefen Fluß; auf der andern Seite dasselbe Bild, üppige Gärten am schmalen Saumpfad entlang. Auf den Hügeln liegen die Gehöfte der Albanier, die sich dorthin vor dem Sumpfboden flüchteten. Jetzt hört das urbare Land auf. Undurchdringliches Gebüsch zieht sich bis an den Fluß, der Pfad steigt den Hügel hinan, ist hier kaum einen Meter breit, Schluchten sind überbrückt durch Reisighaufen, auf die das eingebogene Pferd ohne Bedenken tritt, zuweilen gräbt sich der Weg einem Rinnsal folgend so tief in den Berg, daß die Last des Tragtieres zu beiden Seiten aufstößt. Erst nach Ueberwindung des kleinen Höhenzuges kommen wieder Felder und zwischen ihnen dann ein einigermaßen fahrbarer Weg, den Semeni entlang, zur Stadt Berat. So ähnlich sind alle Wege in Albanien. Was in Jahrtausenden nicht gelungen ist, werden die Italiener in Jahrzehnten auch nicht zustande bringen, selbst wenn sie die weitestgehende Konzession praktisch zu Herren des Landes machen sollte.

Zumeist ist die Meldung nicht ohne größere politische Bedeutung. Sie zeigt, wie sehr Italien sich unter der neuen Leitung auf seine imperialistischen Wünsche besinnt, wie sehr es gewillt ist, seine Rolle als führendes Volk im Mittelmeer durchzusetzen. Daß es einmal dazu kommen wird, Frankreich hier abzulösen, ist sicher. Frankreich kann nicht kolonisieren, es kann nur die Eingeborenenbevölkerung vernichten, wie es das in Algier getan hat und in Marokko versucht. Es hat aber keine eigenen Landesfinder zum Ersatz. Italien jedoch hat Ueberfluß an Menschen, der einzelne Italiener paßt sich leicht in fremde Verhältnisse, wenn er auch stets an die Rückkehr in die Heimat denkt. Seine Heimat aber ist die Gegend ums Mittelmeer. In Tunis fühlt er sich bereits vollkommen zu Hause. Tunis ist praktisch eine italienische Kolonie unter französischer Herrschaft. Auch in Algier sind schon starke italienische Kolonien. In friedlicher Durchdringung wird hier Italien Frankreich einmal verdrängen, wenn nicht der erwachende Islam bedeutsam einen Strich durch die Rechnung macht. Und Albanien ist zum größten Teile muhammedanisch. Man vergesse nicht, daß von hier die jungtürkische Bewegung ausging, daß hier ein urwüchsiges, intelligentes, von keiner Kultur bisher angekränkeltes Volk sitzt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß hier je Italiens Weizen blühen wird.

Dr. I. v. Bülow.

Australische Politik.

London, 9. 5. (Eigenbericht.)

Einer Meldung der „Times" aus Perth (Westaustralien) zufolge hat der australische Premierminister Bruce in Perth kürzlich die Richtlinien seiner Politik bekanntgegeben. Danach hat die Regierung konkrete Vorschläge den Einzelstaaten übersandt, die auf einer Ministerkonferenz am 23. Mai besprochen werden sollen.

Bruce sprach über die Finanzlage und erwähnte, daß Australien in den nächsten Jahren bedeutender Geldmittel bedürfe, weshalb vorgeschlagen würde, die Anleihepolitik des Bundeslandes mit derjenigen der Einzelstaaten zu verbinden. Weiter gab Bruce Einzelheiten über die in Aussicht genommenen Eisenbahnbauten, worunter sich eine Staatsbahn von Port Augusta nach Kam, Kwoyie und Kalgoorlie sowie eine solche von Kalgoorlie nach Perth befindet.

Besonders Interesse erweckten Bruces Erklärungen über die Verteidigungsfrage. Australien sei nicht in der Lage, die Last der Rüstungen in Form einer vollständigen Selbstverteidigung selbst zu tragen. Ein Reichsheer, das Australien stellen könnte, bringende notwendig. Man könne nicht wissen, was in fünf Jahren für eine Regierung in Großbritannien sein werde, die dann plötzlich die Verantwortung für die Verteidigung der Dominions ablehnen würde. Ein vollständiges System der Reichsverteidigung könne jedoch keine Regierung ablehnen.

Schließlich trat Bruce für eine Aufhebung der Einwanderung nach Australien ein.

Notruf der Privatdozenten.

An den preußischen Landtag.

Am 29. August 1922 wurde von dem preußischen Kultusminister Boelitz eine Kommission von nichtbeamteten preußischen Privatdozenten empfangen zur Besprechung der Notlage der Privatdozenten und anderer Fragen allgemeinern Interesses. Das Ministerium erkannte an, daß der Privatdozentenstand Art, der eine feste organisatorische Einnahme seine Hauptzeit wissenschaftlichen Arbeiten widmete, der den jetzigen Berufstypus in Deutschland nicht mehr möglich ist. Es sind nur zwei Fälle möglich: entweder der Privatdozent hat einen festen Erwerbsberuf und betätigt sich nur in seinen Freizeit wissenschaftlich, oder aber er erhält vom Staat die Mittel, die zur Erhaltung seiner Existenz notwendig sind. Da die Beschreitung des ersten Weges nicht allen Privatdozenten möglich ist, er auch nicht immer im Interesse des Fortschritts des Wissenschaft liegt, erklärte sich der Minister bankinnovierungsfreudig, die Lehraufträge einer geringen Anzahl von Privatdozenten soweit zu erhöhen, daß sie das Existenzminimum erreichen.

Am 1. November 1922 nahm der Landtag einen Antrag des Hauptausschusses an, welcher lautete: Die Landesversammlung wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, der nächstende außerordentlichen Professoren dadurch abzuhelfen, daß erstens beträchtlich, insbesondere solchen Privatdozenten, denen aus beruflicher Tätigkeit, abgesehen von Vorlesungsgebühren, keine Einnahmen erwachsen, unlängst freiwillig angemessene Unterhaltsbeihilfen in der bei anderen wissenschaftlichen Berufen üblichen Höhe gewährt werden, und daß zweitens denjenigen Privatdozenten, die sich im Lehramt bereits bewährt haben, unter Berücksichtigung auch des fachlichen Bedürfnisses Lehraufträge mit Besoldung erteilt werden. Diese Besoldung soll bei Privatdozenten, die hauptberuflich im akademischen Lehramt stehen und durch ihren Lehrauftrag voll beschäftigt werden, bis 80 Prozent des jeweiligen Anfangsdiensteinkommens der Gruppe 10 der Besoldungsordnung betragen.

Am Februar 1923 wurde mir im Kultusministerium mitgeteilt, daß bei der Abneigung des preußischen Finanzministeriums höchstens auf 60 Prozent des Einkommens der Gehaltsklasse 10 zu rechnen sei, und daß der preußische Landtag sich vermutlich auch nicht zu einer weitergehenden Bewilligung bereitfinden werde.

Die Stunde der Entscheidung für Jetzteres naht. Da darf sich wohl auch ein Privatdozent selbst noch einmal zum Worte melden.

Die Zahl der Privatdozenten ist an sich gering; das ist von vornherein in einer Zeit, auf die mehr die Quantität als die Qualität Einfluß macht, für sie ein Nachteil. Sie sind ebendrein in sich gespalten. Die einen sind durch einen sehr Erwerbsberuf gegen wirtschaftliche Not gesichert und treiben vor allem danach, die Freiheiten und Rechte der Privatdozenten zu wahren. Die anderen stehen in schwerstem Daseinskampf, bedürfen dringend der finanziellen Sicherstellung durch den Staat und sind dafür bereit, auch erhebliche Rücksichten zu übernehmen. Das führt zu Meinungsverschiedenheiten, die ein einerseits geschlossenes Vorgehen unmöglich machen, und auch wenn eine einheitliche Front bestünde, wäre, wie gesagt, ein voller Erfolg der Privatdozentenbewegung ihrer numerischen Schwäche wohl nicht beschieden. Geholfen werden muß aber unter allen Umständen der oft bitterste Not leidenden Minorität. Noch halten sie sich aus eigener Kraft und dank der Beihilfe des Ministeriums, die anerkannt werden muß, über Wasser; aber das kleine Vermögen, das ihnen einst die Habilitation ermöglichte, schrumpft mehr und mehr zusammen, der Tochterin, die sie verwaisten Kindern, werden immer weniger, neu erschienene Bücher wird zu kaufen, geht über ihre Kraft, selbst das zum Lebensunterhalt Unentbehrliche zu beschaffen wird ihnen schwerer und schwerer.

Ein nichtbeamteter a. o. Professor — bekanntlich ein sog. „bemdbrüst", durch einen Lehrauftrag ausgezeichneter Privatdozent — hatte jüngst nicht die Mittel, für seinen von einem Blutsturz befallenen Vater ärztliche Hilfe zu holen; seine im 77. Lebensjahre stehende Mutter muß allein zu Hause sein, ohne jede weibliche Hilfskraft besorgen, er selbst einkaufen, was das nötig ist, die Kartoffeln zu Briketts eigenhändig vom Markt und vom Kohlenhändler in die Wohnung hinaufschleppen und dann sich wieder an den Schreibtisch setzen, um durch seine Feder soviel hinzu zu verdienen, daß er seinen Eltern, die ihm einst die Mittel zur Habilitation neben, das Verbleiben in ihrem alten Heim ermöglichten kann.

Wie nieten nehmen das schweigend hin; „denn" — so schrieb der Kieler Geschichtsprofessor Dr. Fritz Hartung — „bei den Privatdozenten lebt die gute alte Tradition der uneigennützigen wissenschaftlichen Arbeit noch so stark fort, daß sie eine achtungswerte Schen davor haben, die Oeffentlichkeit selbst anzurufen". Hartung erkannte, wie billig, die Bereitwilligkeit des preu-

Funkspruch:

m 2 1951 ex 9
direktion peters union
frankfurtmain

Telegraphie des Deutschen Reichs.
Amt Frankfurt, Main.
Aufgenommen 9 12 07 9 1923
Weitergeben an ... Uhr ... Min. durch
Weitergeben an ... Uhr ... durch
Telegramm 1495/4 berlin fd 36 4/5 7/20 s

direktor dunlop mit gleichen reifen reise berlin prag und zurueck
training und rennen ohne auch nur nachzusuchen ebenso
begleitwagen fuer reise berlin prag und zurueck gratulieren
zu diesem glaenzenden zeugnis des zahnradreifens • dinosauto •

Direktor R. Dunlop, ERSTER in seiner Klasse auf 8/35 PS Dinos mit
Peters Union Zahnradreifen beim Prager Bergrennen
am 29. April 1923

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

sischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu helfen an, aber er erklärte im September 1932: „Die gewährten Beihilfen sind durchweg so niedrig bemessen, daß sie nicht das Existenzminimum erreichen, daß einem geschehen, zu wissenschaftlicher Arbeit verpflichteten Manne zugebilligt werden muß, und da die Gehaltserhöhungen der Gehaltsordnung nicht folgen, sondern hinter ihr zurückbleiben, so entfernt sich die Lehrauftragsremuneration immer mehr von dem Existenzminimum, und die Not der Privatdozenten wird immer größer. Es muß daher unbedingt gefordert werden, daß diese Vergütungen zu den Besoldungen der unterstützten akademischen Klasse, der Stufe 10, in ein festes und erträgliches Verhältnis gebracht werden. Notwendig ist eine entsprechende Regelung für alle Privatdozenten, die kein besonderes Hauptfach oder Nebenamt haben."

Der preußische Landtag wird das nicht begreifeln. Er hat in diesen Tagen so beschlossen, wie der besondere notleidende Teil der Privatdozenten finanziell sichergestellt werden soll. Wir hoffen, er wird sich des Ernstes der Stunde bewußt sein; wir bitten ihn inständig darum. Deutschlands Gelehrte, Techniker und Forscher haben für das Ansehen unseres Volkes in der Welt Außerordentliches geleistet und ihm dadurch auch immer wieder materiellen Gewinn aus dem Auslande zugeführt; Deutschland trägt nicht nur eine Pflichtschuld ab, wenn es den ausübenden Nachwuchs nicht im Stiche läßt, sondern nützt dadurch auch sich selbst.

Zum Schlusse noch eins. Es soll die Absicht bestehen, allen „bewährten" Privatdozenten nur bis zu 60 Prozent des Anfangsdiensteinkommens der Gehaltsklasse 10 zu bewilligen. Zu diesen Privatdozenten hätten nichtbeamteten a. o. Professoren zu zählen, aber auch solche, die bisheriges Mitglied bestanden wie die Angehörigen der Gehaltsklasse 10. Sollen diese, die sich außerdem noch habilitieren müssen, dauernd schlechter gestellt werden, schlechter als ihre eigenen Schüler? Möge der Landtag für diejenigen nichtbeamteten a. o. Professoren, die das volle Einkommen der Gehaltsklasse 10 beziehen, den numerus clausus streichen!

Professor Dr. Paul Hanke.

Zulassung zum Studium ohne Reifezeugnis.

Ein Erlaß des preußischen Kultusministers.

Nach eingehenden Beratungen mit den Kultusministerien der übrigen deutschen Länder und im Einvernehmen mit den Fakultäten der Universitäten bringt heute ein Erlaß des preußischen Kultusministers eine Lösung der Frage der Auswahl und Ausbildung hervorragender Begabter, denen es nicht möglich war, auf einem der sonst vorgeschriebenen Ausbildungswege zum Hochschulstudium zu gelangen. Dieser Erlaß bedeutet in diesen Punkten eine Lockerung bisheriger Bestimmungen.

Er bestimmt nun Personen, die auf Grund hervorragender Anlagen und außergewöhnlicher, unmittelbar in ihrem Beruf vollbrachter Leistungen die Gewähr dafür bieten, daß sie durch akademische Studien zu höheren geistigen Leistungen gelangen werden. Solche bewährten Personen können von nun an also durch eine von Fall zu Fall zu treffende Entscheidung des Ministeriums zu einem bestimmten Hochschulstudium, das dem zugelassenen Bewerber die vollen Rechte der übrigen Studierenden verleiht, an allen preußischen Universitäten zugelassen werden. Es ist selbstverständlich, daß außer den besonderen Begabungen und Leistungen noch ein Mindestmaß an allgemeiner Bildung gefordert wird; man will dabei aber weniger auf eine bestimmte Menge bestimmten Wissens, als auf Denktüchtigkeit und Aufgabengabe Wert legen. Das vorhandene Wissen muß nur so groß sein, daß der Bewerber auf der Grundlage seiner bisherigen Vorstudien den akademischen Unterricht in dem gewählten Studiengebiet folgen kann.

Eine bemerkenswerte Bestimmung, die zugleich ein Sicherheitsventil gegen Ueberfüllung mit Bewerbungsartikeln bedeutet, ist die, daß der Bewerber bei dem Kultusministerium seinen Antrag auf Zulassung zum Studium nicht allein vorbringen darf, sondern nur unter Beifügung einer näheren Begründung des Gesuches durch eine befürwortende Person. Also ähnlich, wie bei wissenschaftlichen Gesellschaften nur der zugelassen wird, der einen oder zwei „Paten" aufgestellen hat, die seinen Antrag unterstützen, daß sie verbürgen werden. Als Befürworter können gelten „urteilsfähige Personen, die den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen bereits kennen und den Wert wissenschaftlicher Arbeit richtig einschätzen". Man glaubt, daß solche Persönlichkeiten, die — sozusagen — ihr offenes Auge für den Gedanken, daß sie für den Bewerber eintreten, eine genügende Gewähr bieten, Unwürdige von der bevorzugenden Ausnahmung ausschließen. Außer dieser Begründung des Gesuches durch eine den Antrag befürwortende Person sind ausführlicher Lebenslauf, Nachweis über Vorbildung und Berufsleistung, Verzeichnis der bisherigen wissenschaftlichen Beschäftigung, Leumundszeugnis beizufügen.

Mit dieser Befürwortung ist nun die Erlangung der Erlaubnis noch nicht automatisch gegeben. Eine endgültigen Beurteilung wird an der Universität ein besonderer Ausschuß gebilden. Dem u. a. ein Vertreter des Fachs, in dem der Bewerber studieren will, und ein im Erziehungswesen bewährter Praktiker angehören müssen. Dieser Ausschuß bildet sein Urteil nach dem Ergebnis einer Aussprache, deren Thema aus dem Umkreis der Vorstudien und des Berufs des Bewerbers zu nehmen ist, und einer mit ihm persönlichen persönlichen Aussprache, einer Kolloquium. Es handelt sich also keineswegs um die strenge Form des üblichen Examens, sondern mehr um eine Art Feststellung der menschlichen Reifung für die Sphäre des akademischen Studiums.

Dieser in den angegebenen Punkten ganz neue Weg scheint der gangen Sachlage der Bewerbung durchaus entsprechend zu sein. Ob nun aber die geeigneten Personen zum Studium gelangen werden, wird nur allein davon abhängen, daß hier geloderte Form durch Begutachtung und freie Eignungsprüfung, von denen, die sie handhaben, auch mit der entsprechenden Behendigkeit, Geschmeidigkeit und innerem Freiheit erfüllt wird. F. B.

Auf Auslandsreisen

verlange man wie im Inlande bei den Bahnhofsbuchhandlungen, den Zeitungskiosken und in den Hotels stets die

Deutsche Allgemeine Zeitung

Die Reisebekanntschaft.

Von

Liesbet Dill.

Das Erste, was ich von ihr sah, war eine große Kiste mit Trangen. Ein Dienstmann trug sie vor ihr her, dann folgten ein Koffer, zwei Mäntel, ein Bettsack, ein Plaid, eine Reisetasche und ein Korb. Den Schluß kam die zweite Kiste hinterhinein, deren goldrote Kugeln aus dem Lattenwerk lugten, hinter dem sie lustig mitreisten. Dann kam die Dame selbst. Nicht groß, daß sie beim Dasein immer ein bißchen schwitzen mußte, dunkle Schleier, die Hände in Halbhandschuhen, lange Ohrgehänge, blonde Ringellöckchen, erhitzt und aufgeblüht. Sie verlangte das Gepäck, das an Ort und zu niemand im Abteil war, alles Platz fand, setzte sich mir gegenüber und begann zu sprechen, während sie sich mit einem kleinen zierlichen Fächer Luft zuwedelte.

Sie kam direkt aus Spanien, sie hatte in meiner Heimatstadt übernachtet und war in ein schreckliches Hotel am Bahnhof gegangen, dessen Zimmer sie nicht mehr ansehen, es war sehr schmutzig gewesen, und auch dem Bahnhof hatten ihr die Dienstmänner ihren Wino Alicante aus der Bodenflasche auszutrinken und die Flasche hineinzugießen sehen. Sie sehen sie, sie weiß mir die verhaßnige Flasche und goß etwas ihres Inhalts auf den Boden. Es war wirklich Wasser, aber es hatte die Bahnheit, noch vor Spritzer um sich zu spritzen. Und dann zum Zoll in Paris, no ich sage Ihnen, da waren ihr Sachen passiert, sie säßerte sich heftig. Sie weiße nämlich allmenatlich diesette Strecke, immer hin und her zwischen Spanien und Deutschland, mit Fernrohren und Gartengerätschaften und manchmal auch mit Schreibmaschinen, aber die Aufgenommen hieter Beilsen haben sie über noch das Sehen, besonders auf den Zollstationen. Fernrohre waren sehr gesucht, und man vergolte doch nur das, was die Beamten sehen. Vorigesmal hatten sie die Fernrohre nicht gefunden, diesmal aber fanden sie sie und da mußte sie auf die Polizei, und sich ausziehen, eine Person hatte sie bis auf die Haut untersucht, die ganze Nacht hatte sie auf der schmutzigen Polizeistation in Paris zugebracht, aber sie hatte denen ihre Meinung gesagt, als sie ihr noch frech wurden, attention monsieur que vous dites ...

Nun war sie froh, über der Grenze zu sein und gerieet in der zweiten Nacht in so ein Räubernest, dieses Hotel! Sie konnte es mir gar nicht beschreiben, sie beschrieb es irrsehen. In ihrem Bett hatte sicher vorher ein ganzes Regiment Alpenjäger geschlafen, und der Kaffee war miserabel, und dafür hatte man auch noch Franken bezahlen, die sicherte sich ... Ihre Aufrennung bauerte durch das ganze rauchige Industriegebiet, bis wir den letzten Hofalen hinter uns hatten und die Wiesenäder der Rhein-Ruhr-Ebene. Sie sprach von Spanien, von ihrem Mann, sie hatte eine Tochter. Verheiratet, natürlich. Unglücklich, wie immer. Ein Kind war auch da, aber aus erster Ehe, der Mann war nämlich schon einmal verheiratet gewesen. In ihrem Bett hatte sicher vorher ein ganzes Regiment Alpenjäger geschlafen, und der Kaffee war miserabel, und dafür hatte man auch noch Franken bezahlen, die sicherte sich ... Ihre Aufrennung bauerte durch das ganze rauchige Industriegebiet, bis wir den letzten Hofalen hinter uns hatten und die Wiesenäder der Rhein-Ruhr-Ebene. Sie sprach von Spanien, von ihrem Mann, sie hatte eine Tochter. Verheiratet, natürlich. Unglücklich, wie immer. Ein Kind war auch da, aber aus erster Ehe, der Mann war nämlich schon einmal verheiratet gewesen. Ja, in